

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnemen: 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1889 unter Nr. 886.)

Für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 4gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.

• Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106. •

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Ein Staatsdieb.

Die gegen den großen „General Bum“, der nun als Flüchtling am gastlichen Herde Englands weilt, erhobene Anklage läßt einen interessanten Einblick in das unterirdische Treiben Boulanger's und seiner Spießgesellen zu. Wir nehmen zwar nicht Alles für baare Münze, was in der Anklage steht, denn die Vertheidigung wird ohne Zweifel Manches entkräften oder mindestens in Frage stellen. Aber andererseits ist auch kaum anzunehmen, daß eine solche Anklage leichtsinniger Weise und ohne die erforderliche Begründung erhoben wird. Denn damit würde sich die gegenwärtige Regierung Frankreichs sammt dem Präsidenten mit einem Schläge unmöglich machen; eine Freisprechung Boulanger's von dieser Anklage wäre gleichbedeutend mit der Vernichtung der Republik.

Wir glauben zwar, daß der „Hochverrath“ von Boulanger, Rochefort und Dillon in der Wirklichkeit nicht ganz so grauig ausfallen wird, wie in der Anklagechrift. Aber Boulanger ist dennoch gerichtet und er hat auch deshalb es vorgezogen, in das Ausland zu fliehen. Wenn nur ein geringer Theil der Durchstechereien, welche die Anklage aufzählt, wahr ist, dann reicht dies hin, um den General als gemeinen Betrüger zu verurtheilen. Solche Leute spielen dann in der Politik keine Rolle mehr. Aber gerade in Bezug auf die Betrügereien und Durchstechereien scheint der Staatsanwalt mit einem umfassenden und beweiskräftigen Material versehen zu sein.

Der gemeine Mensch, der nicht nur Frankreich in eine fortwährende Unruhe versetzt, sondern auch eine Zeit lang ein gut Theil dazu beigetragen hat, die europäische Kriegsgefahr zu vergrößern, wird nun endlich erscheinen wie er ist. Man wird dann sehen, daß er, wenn auch nur in einem Punkte, bedeutend war, nämlich im Stehlen und Betrügen. Die vielen Tausende, die ihn gewählt und dadurch beigetragen haben, die Republik zu gefährden, werden nun in Reue und Scham ihr Haupt senken müssen, indem sie erkennen, daß sie dem persönlichen Interesse eines ordinären Gauners gebient haben. Oder nicht? Nun, dann müßte es mit der Dummheit und der Korruption weiter gekommen sein, als uns denkbar erscheint.

Seine Freunde sind im Augenblick im Verein mit sämtlichen Reaktionsären eifrigt bemüht, das französische Parlament durch einen Cassenjungen-Skandal nach dem andern zu blamieren und dadurch die französische Republik herabzusetzen. An dieser Kammer ist zwar nicht viel Gutes mehr; aber auch der gemeine Lärm der Reaktionsäre und Boulangeristen wird nicht im Stande sein, die öffentliche Aufmerksamkeit von der Thatsache abzulenken, daß der Chef dieser Richtung, welche sich berufen fühlte, Frankreich eine neue Regierungsform auf-

zubringen, ein Staatsdieb im abschreckendsten Sinne des Wortes ist. Der Mann, der sich als Kriegsminister von einem Lieferanten für jede der Armee gelieferte Epaulette 20 Centimes per Stück als Trinkgelder zahlen ließ, wird von der Geschichte Frankreichs nicht unter die großen Männer dieses Landes eingetragen werden. Er wird nur einen interessanten Beitrag bilden zu dem psychologischen Räthsel, wie solche Menschen sich einen Anhang und eine Partei schaffen können, wo sie ernst genommen werden, ein Räthsel, zu dessen Lösung die in unserer Zeit allgemein herrschende Begriffsverwirrung vielleicht den Schlüssel bildet.

Man kann kühn behaupten, daß in Bezug auf Korruption und Durchstecherei der Dezentbermann Louis Napoleon von Boulanger weitaus übertroffen worden ist. Und doch war Boulanger noch lange nicht Präsident der Republik! Was wäre aus Frankreich geworden, wenn dieser Mensch auch nur eine Zeit lang die öffentliche Gewalt in seine Hände bekommen hätte! Wie eine Schaar von Geiern hätte sich sein Anhang auf Frankreich gestürzt, um sich aus dem Leichnam der Republik ein Mahl zu bereiten!

Sehr interessant sind die Aufschlüsse über die Verwendung der geheimen Fonds. Man sieht, der große Paraheld hat nicht nur für Lackstiefeln, sondern auch für Zeitungsdramen hübsche Summen ausgegeben. Man wunderte sich nicht; käufliches Gefindel giebt es überall und wenn Straussberg und die Spitzeder Leute genug fanden, die für Geld ihr Lob fangen, warum sollte nicht auch Boulanger solche Leute finden? Wie verderblich die geheimen Dispositionsfonds werden können, zeigt sich in diesem Falle zur Evidenz.

Schade, daß der Prozeß, wie es scheint, nicht dahin führen wird, daß ein großes Schlaglicht auf die Hintermänner des Generals Bum fällt. Es wäre gar zu interessant, die Leute kennen zu lernen, die sich nicht gescheut haben, solche Personen und solche Mittel anzuwenden, um die französische Republik zu Grunde zu richten. Sie können sich freilich auf ein leuchtendes Vorbild, auf den großen Pitt, berufen, der mit massenhafter Verbreitung von falschem Papiergeld dasselbe zu erreichen versucht hat. Es können keine gewöhnlichen Leute sein, diese Hintermänner; sie müssen viel Geld und viel Einfluß haben. Sie haben den Sturz der Republik als Aktienunternehmung betrieben, deren technischer Direktor der General Bum war. Sicher belam er einen guten Gehalt, aber er erwies sich nicht als leistungsfähig für die Dauer.

Die Franzosen können sich glücklich schätzen, wenn sie von dem Alp des Boulangerismus erlöst werden. Dann aber ist ernste und ausdauernde Arbeit, redlicher demokratischer Wille erforderlich, wenn verhütet werden soll, daß ähnliche Erscheinungen wiederkehren.

Internationaler Arbeiterkongreß zu Paris.*)

cxv. Paris, 18. Juli. Die Sitzung vom 16. Juli findet unter dem energischen und geschickten Vorsitz Deville's statt, welcher an die am vorigen Abend gefassten Beschlüsse über Zulassung zum Wort etc. erinnert und ankündigt, daß er ein unparteiischer und strenger Präsident sein werde. Die Redezeit wird für Jeden auf 5 Minuten angesetzt, nur die Berichterstatter über die Vorgeschichte des Kongresses resp. die Schritte, schon vor der Einberufung eine Verständigung mit den Possibilisten und einen einzigen Kongreß herbeizuführen, können länger sprechen.

Der italienische Delegirte, Abgeordnete Costa zeigt an, daß das Zentralkomitee der italienischen Arbeiterpartei, welches 10 000 Arbeiter, darunter viele Bayern, repräsentire, einen Delegirten Greci sende.

Er schließt sich von ganzem Herzen dem Antrag der Belgier (Caesar de Paere) und der Amerikaner an, welche eine Verschmelzung der beiden Kongresse fordern. Er hofft, daß der andere Kongreß den Vorschlag de Paere's annimmt, und daß eine aufrichtige Verständigung herbeigeführt werde.

Nachdem Costa noch eine weitere Depesche verlesen, in welcher der Arbeiterverein von Rom die Bestellung einer neuen Internationale fordert, zeigt er die Ankunft einer weiteren Delegation aus Italien an.

De Volders (Belgien) kommt auf die Abstimmung nach Nationalitäten zurück und bemerkt, daß die verschiedenen Arbeiterparteien zwar alle die gleichen Prinzipien, jedoch nach Klasse, Entwicklung und politischer Lage etc. verschiedene Taktik haben. Die Belgier haben es für unerlässlich gefunden, daß sich die Sozialisten im Namen des gesammten Proletariats vereinen.

Die Versammlung möge also keine Anstrengungen unversucht lassen, um eine Verschmelzung der beiden Kongresse herbeizuführen. Ihr Zustandekommen allein bedeute ein gutes und großes Werk. Die Mehrzahl der anwesenden Delegirten sei für eine Einigung, und da wir eine auf dem demokratischen Prinzip fußende Partei sind, müsse der Wille der Mehrzahl erfüllt werden. Alle kleinen Bedenken müssen vor diesen Willen verschwinden. Sollte es trotzdem zu keiner Verschmelzung der Kongresse kommen, so ersuche er den Kongreß, die Belgier mit Organisation des nächstfolgenden Kongresses 1890 oder 1891 zu beauftragen. Derselbe werde und müsse zu einer Einigung führen, weil sich sonst die Situation zum Schaden des Emanzipationskampfes nur verschlimmern werde.

Cipriani (Italien) stimmt den Ausführungen Volders's

*) Ueber die Dienstagsitzung war uns von anderer Seite ein kurzer Bericht zugegangen, den wir in der Donnerstags-Nummer bereits veröffentlicht haben. Wenn wir trotzdem über diese Sitzung noch einmal berichten, so geschieht es, weil das vorliegende ausführliche Referat einige Irrthümer richtig stellt, die sich in dem ersten Bericht vorfinden, und weil eine ausführliche Darstellung der Debatten über die Anbahnung einer Einigung mit dem Possibilistenkongreß unseren Lesern, wie wir glauben, erwünscht sein wird. D. Red.

Michaels, als er heraustrat. Die serbischen Burschen traten ihm trotzig entgegen. „Wir haben ihn mit Steinen belastet und sammt der Leiche in's Wasser geworfen, damit Ihr sie nicht irgendwo am Ufer begraben könnt und so Unglück über uns bringt.“

„Vermessene, was habt Ihr gethan? Wißt Ihr, daß man mich jetzt beim Komitat vernehmen und Rechenschaft über den verschwundenen Passagier von mir verlangen wird? Man wird mir Schuld geben, daß ich ihn heimlich aus dem Wege geschafft habe. Ihr müßt mir nun eine Schrift geben, worin Ihr bestätigt, was Ihr gethan habt. Welcher von Euch kann schreiben?“

Natürlich konnte jetzt Keiner von ihnen schreiben. „Wie? Du Vertics und Du Zalerics, seid Ihr mir nicht dabei behilflich gewesen, die Buchstaben auf den Sarg zu malen?“

Sie rückten jetzt mit dem Geständniß heraus, daß jeder von ihnen nur den einzigen Buchstaben zu schreiben verstehe, den er auf das Brett gemalt, und auch den nur mit dem Pinsel und nicht mit der Feder.

„Out denn, so werde ich Euch mit nach Pancsova nehmen. Dort könnt Ihr vor dem Obersten mündlich Euer Zeugniß für mich ablegen. Seid unbeforgt, der wird Euch schon zum Sprechen bringen.“

Auf diese Drohung hatte plötzlich jeder von ihnen schreiben gelernt, nicht nur Jene zwei, sondern auch die Weiden anderen. Sie erklärten, ihm lieber gleich ein Zeugniß ausstellen zu wollen, als sich nach Pancsova bringen zu lassen. Michael holte Lime, Feder und Papier, ließ den Eimen der Schreibkundigen mit dem Bauch sich auf das Verdeck legen und diktirte ihm das Zeugniß, worin sie das Bekenntniß ablegten, aus Furcht, von Hagelschlag heimgeführt zu werden, die Leiche des Euthym Trikalisk, während die Schiffsmannschaft schlief und ohne Wissen und Zutun derselben, in die Donau geworfen zu haben.

„Schreibt Eure Namen darunter, und wo jeder von Euch wohnt, damit man Euch zu finden weiß, wenn eine

Untersuchungs-Kommission zu Eurer Vernehmung ausgeschiedt wird.“

Der Eine der Zeugen unterschrieb sich „Tra Karakalovic“, wohnhaft in „Gunerovac“, der Andere: „Njegro Siirapic“, wohnhaft in „Medelincz“.

Und nun nahmen sie mit dem ernsthaftesten Gesicht von der Welt Abschied von einander, ohne daß sowohl Michael als die vier sich's merken ließen, welche Mühe es sie kostete, einander nicht ins Gesicht zu lachen.

Michael setzte sie hierauf ans Ufer.

„Ali Eschorbabschi lag unten auf dem Grunde der Donau, wohin er sich geschnt hatte.“

Zwölftes Kapitel.

Ein Spaß zum Lachen.

Am Morgen, als Limea erwachte, fühlte sie nichts mehr von der überstandenen Krankheit. Die Kraft der Jugend hatte den Sieg davongetragen. Sie kleidete sich an, und kam aus der Kabine heraus; als sie Limar vorn am Schiff erblickte, ging sie auf ihn zu und fragte ihn: „Wo ist mein Vater?“

„Fräulein, Ihr Vater ist todt.“

Limea starrte ihn an mit ihren großen melancholischen Augen; ihr Gesicht konnte nicht noch weicher werden, als es ohnehin schon war. „Und wohin hat man ihn gethan?“

„Fräulein, Ihr Vater ruht dort unten auf dem Grunde der Donau.“

Limea setzte sich ans Schiffsgeländer und fing an, stumm ins Wasser herniederzuschauen. Sie sprach nicht, sie weinte nicht, sie bliete nur starr in die Fluthen.

Limar glaubte, es werde ihr leichter ums Herz werden, wenn er Worte des Trostes an sie richte. „Mein Fräulein, als Sie krank waren und besinnungslos dalagen, hat Gott plötzlich Ihren Vater zu sich gerufen. Ich war an seiner Seite in seinem letzten Stündlein. Er sprach von Ihnen zu mir und beauftragte mich, Ihnen seinen letzten Segen

Feuilleton.

[Manuskript verboten.]

[19

Ein Goldmensch.

Roman von Maurus Solai.

Der Todte lag draußen auf dem Verdeck; man hatte ein weißes Bettlaken über ihn gebreitet; das war sein Leichentuch. Gegen Abend sagte Michael zu seinen Leuten, er gehe sich jetzt niederlegen, er habe schon zwei Nächte nicht geschlafen; das Schiff sollen sie vom Schiffszug nur weiter ziehen lassen, bis es ganz dunkel wird, dann sollen sie Anker werfen. Aber auch diese Nacht schlief er nicht; — statt in seine eigene Kabine zu gehen, stahl er sich in das Gemach, in welchem Limea lag, stellte die Nachtlampe in eine leere Kiste, damit ihr Schein nicht gesehen werde, und sah die ganze Nacht am Bette der Kranken, lauschte ihren Fieberphantasien und fuhr fort, ihr kalte Umschläge zu geben. Er schloß nicht eine Minute seine Augen. Er hörte deutlich, wie der Anker ausgeworfen wurde und das Schiff stehen blieb und wie dann die Wellen um die Schiffswände zu platschern begannen. Auf dem Verdeck trampelten die Männer noch eine gute Weile herum, bis endlich Einer nach dem Andern sich schlafen legte. Um Mitternacht aber vernahm er ein dumpfes Dämmern. Das klingt, dachte er bei sich, wie das Einschlagen von Nägeln, deren Kopf mit einem Stück Luch umwickelt ist, um den Schall des Hammers zu dämpfen. Nicht lange, so hörte er ein Geräusch, wie es das Herabfallen eines großen Gegenstandes in's Wasser hervorbringend pflegt. Dann wurde Alles still.

Michael blieb wach und wartete ab, bis es Tag wurde und das Schiff weiterfuhr. Als man eine Stunde lang gefahren war, trat er aus der Kabine hervor. Das Mädchen schlief ruhig, die Fieberhitze hatte aufgehört. „Wo ist der Sarg hingelommen?“ war das erste Wort

zu. Die Einigung ist nötig, wenn das Proletariat nicht seinem mächtigen Gegner, dem Kapitalismus gegenüber schwach bleiben soll. Möge man wenigstens einen Waffenstillstand zwischen den verschiedenen Fraktionen herbeiführen, während dessen alle persönlichen Momente, alle feindseligen Gefühle unterdrückt bleiben. Die Familie der Proletarier aller Länder muß sich vereinigen. Die italienischen Delegierten haben imperatives Mandat erhalten, keinen Schritt für die Einigung unversucht zu lassen. Damit das Proletariat nicht im Lande der Revolutionen das Schauspiel einer Spaltung gebe, möge man dem Friedensvorschlag beistimmen. Auch der andere Kongress ist bedeutend, eine Einigung ist unerlässlich.

Caesar de Paep (Belgien) ist erstaunt, daß sich die Diskussion über eine Einigung in die Länge zieht. Er war überzeugt, der diesbezügliche Vorschlag werde rasche Annahme finden. Der Kongress hat sich im Prinzip für die Verschmelzung der beiden Kongresse erklärt, möge er doch noch einen Schritt weiter gehen, dem anderen zuvorzukommen, gerade weil er ausgesprochener sozialistisch ist, sich also über Kleinigkeitsfragen erheben zeigen muß.

Da dieser Kongress seine Sitzungen einen Tag vor denen des anderen Kongresses eröffnet habe, hätte er schon diesbezügliche Schritte thun können. Er ist überzeugt, daß die französischen Parteien aus Rücksicht auf die Fremden und das Prinzip in die Einigung willigen. Die verschiedenen Schulen angehörenden sozialistischen Vertreter im Pariser Stadtrath zeigen ja auch das Beispiel eines einigen Vorgehens.

Du prés (französische Provinz) sagt, daß stets von Einigung gesprochen, aber nicht in Betracht gezogen wurde, ob dieselbe zwischen Sozialisten, wie sie hier vertreten, und den radikal und opportunistisch gewordenen Possibilisten des anderen Kongresses möglich sei. Auf der einen Seite ist eine Partei von Sozialisten, auf der anderen von ehrgeizigen Politikern, welche sich mit der Bourgeoisie vereinigen. Gewiß giebt es im Lager der Possibilisten auch ehrliche, überzeugte Leute, aber diese sollen sich an uns anschließen, unser Kongress steht ihnen offen.

Liebnecht berichtet hierauf über die Vorarbeiten betreffs des Zustandekommens eines internationalen Kongresses. Der erste Antrag zur Vereinigung der beiden Kongresse ist von deutscher Seite, von Berliner Delegierten ausgegangen. Seiner Ansicht nach kann man auf der anderen Seite will, eine Einigung zu Stande kommen. Es handelt sich nur darum, eine solche Form für dieselbe zu finden, welche allseitig annehmbar ist. Die Einigung ist gewiß eine sehr schöne Sache, aber man kann sie nicht um jeden Preis und auf Kosten derjenigen verlangen, welche dieselbe stets gewollt und angestrebt haben, man kann sie nicht wollen ausschließlich zu Gunsten Derer, welche sie bis heute hintertrieben. Daß die Deutschen stets die Einigung gewollt, erhellt aus der Vorgeschichte des Kongresses.

Der Parteitag zu St. Gallen 1887 hatte die Reichstagsfraktion der deutschen Partei mit Organisation eines internationalen Kongresses beauftragt. Als bekannt ward, daß die englischen Trades-Unions die Einberufung eines internationalen Arbeiterkongresses beabsichtigten, erklärten die Deutschen, auf ihr Mandat verzichteten zu wollen, unter der Voraussetzung, daß der Zutritt zum Londoner Kongress den Vertretern der deutschen Arbeiter ermöglicht werde. Trotz der angestrebten Verständigung mit den Organisatoren des Kongresses, den Herren des Parlamentarischen Komitees, bestanden dieselben auf Bedingungen, welche Deutschen, Oesterreichern und Russen den Besuch des Londoner Arbeitertages unmöglich machten. Unter den in den genannten Ländern obwaltenden Verhältnissen hätte sich jede Organisation dem Schicksal ausgesetzt, aufgelöst zu werden und ihre Mitglieder verfolgt zu sehen. Alle Verhandlungen mit dem Parlamentarischen Komitee scheiterten, so daß also die Vertreter der deutschen Partei dem Kongresse fern bleiben mußten, ja positiv ausgeschlossen waren. Die Beschlüsse des Londoner Arbeiterkongresses haben also für uns keine bindende Kraft. Der Kongress beauftragte die Fraktion der französischen Sozialisten mit Organisation eines internationalen Kongresses für 1889. Ungefähr gleichzeitig tagte in Bordeaux ein Kongress der französischen „Marxisten“, welcher ebenfalls die Einberufung eines internationalen Kongresses für 1889 beschloß. Und dieser Beschluß ward auf dem Nationalkongress der französischen Gewerkschaften zu Troyes bekräftigt und erneuert. Das internationale Proletariat befand sich also zwei Kongressen gegenüber. Die Deutschen thaten nun Alles, was in ihren Kräften stand, um eine Vereinigung herbeizuführen, sie luden Vertreter der streitenden französischen Arbeiterparteien nebst Arbeitervertreter anderer Länder zu einer gemeinsamen Konferenz ein, die zuerst in Nancy stattfinden sollte, dann — auf Wunsch der französischen Freunde — nach dem Haag verlegt ward. Beide französischen Fraktionen waren zu der Konferenz eingeladen; allein während die Marxisten sich vertreten ließen, wiesen die Possibilisten jede Theilnahme an der Besprechung zurück. Trotzdem war der veröhnliche Geist der im Haag versammelten Männer so groß, daß die Konferenz beschloß, die Possibilisten unter zwei Bedingungen mit Organisation des

Kongresses zu beauftragen, nämlich: 1) daß der Kongress souverän für Aufstellung der Tagesordnung und Prüfung der Mandate sei; 2) daß die Einberufung von Vertretern aller Parteien und Organisationen der verschiedenen Länder unterzeichnet sei, welche dem Kongress zustimmen. — Die Possibilisten wollten von diesen Forderungen Nichts hören. So ward die Organisation des zweiten, das heißt des einzigen internationalen Kongresses zur Nothwendigkeit. Trotz alledem sind wir noch jetzt zur Einigung bereit, aber es gilt eine Form zu finden, welche die Ehre Derer wahr, die stets die Einigkeit gewollt und welche uns nicht zu den Füßen Derer niederzwingt, welche die Verständigung bis jetzt unmöglich gemacht haben. Eine Einigung um jeden Preis, welche die besten Freunde opfert, wäre weder ehrenvoll noch von praktischem Nutzen.

Liebnecht schlägt nun vor, behufs einer Einigung die Resolution anzunehmen, welche wir bereits im Wortlaut mitgetheilt haben.

So weit als diese Resolution geht, können wir gehen, so weit müssen wir in unserer Veröhnlichkeit gehen; Redner kann jedoch für seine Person keinen Schritt über dieselbe hinaus thun.

Tressaud, Vertreter der Pariser Gewerkschaften, findet die Resolution und eine Einigung undurchführbar. So wenig sich die deutschen Sozialisten mit den bismarckischen Staatssozialisten, so wenig könnten sich die Marxisten mit den Strüßen Ferry's und Clemenceau's vereinigen. Der Kongress würde außerdem durch die Vereinigung, welche Aufsuchen eines Saales, neue Tagesordnung u. dergleichen, zu viel Zeit verlieren. Unser Kongress stehe allen Organisationen offen, dieselben brauchen nur zu kommen. Er bringt eine in dem Sinne gehaltene Resolution ein, welche jede Einigung als unmöglich erklärt.

Morris (England) spricht sich in dem nämlichen Sinne aus, indem er noch besonders betont, daß die Possibilisten an Stelle der wahrhaft sozialistischen Propaganda nur Wahlmanöver betreiben. Die beiden Kongresse tragen einen so verschiedenen Charakter, der eine einen sozialistischen, der andere einen bürgerlichen, daß die Einigung unmöglich ist.

Lavigne aus Bordeaux, Sekretär der französischen Syndikate, erinnert an alle Schritte, welche von Seiten der Marxisten zum Zwecke einer Verständigung geschehen sind; Ansele und De Volders können dieselben besprechen.

Wenn wir uns vereinigen, so werden die Possibilisten behaupten, es sei geschehen, weil dieser Kongress nicht gelungen sei. Er schließt sich der Resolution Tressaud an.

Seitz (England) ist der gleichen Anschauung. Die beiden Kongresse seien so verschieden, daß sich Niemand über dieselben täuschen, sie verwechseln kann. Der Charakter des sozialistischen Kongresses wird durch die Anwesenheit der Vertreter der Trades-Unions illustriert. Die Trades-Unions wollen die Verbesserung der Lage der Arbeiter, ihre Leiter begnügen sich mit der Aufbesserung ihrer persönlichen Verhältnisse, auf diesem Kongress hier will man die Befreiung der Arbeit vom Joche des Kapitalismus.

Nach verschiedenen Bemerkungen und Fragen über die Vorbereitungsarbeiten des Kongresses, die Art der Abstimmung u. dergleichen, wird Schluß der Debatte votirt.

Paep beantwortet, daß jede Nation, der Vertreter noch nicht gesprochen, einmal das Wort erhalten müßte. Man stimmt darüber ab, ob die 6 Nationalitäten (Deutsche, Oesterreicher, Spanier, Rumänier, Scandinavier, Amerikaner), welche noch nicht gesprochen, das Wort erhalten sollen. Die große Majorität ist für absoluten Schluß der Debatte.

Es kommt zu einer Auseinandersetzung zwischen einem französischen Delegierten und dem Italiener Costa, welcher auf die Beschuldigung hin, zu Gunsten der Possibilisten zu manövriren, weil er daselbst zum Beisitzer gewählt, auf sein Mandat hinweist, daß zufolge er beiden Kongressen beizubehalten müßte.

Werner (Deutschland) erklärt, daß der Antrag, den er Sonntag eingebracht, durchaus kein Nichtrauensootum gegen die Organisatoren des Kongresses bedeuten sollte. Man wolle einfach genaue Aufklärung. Seitdem Liebnecht diese in seinem Bericht gegeben, ziehe er seinen Antrag zurück. Nach den Aufklärungen, welche ihm die Debatten gebracht, ist er gegen eine Verschmelzung des Kongresses.

Vaillant stimmt dem Antrag Tressaud zu, da man alle Mittel und Wege einer Einigung erschöpft habe. Guesde bringt mit Lafargue, Deville, Jacard und Longuet zusammen eine Resolution ein, welche die Mitte zwischen der Tressaud'schen Ablehnung der Vereinigung und dem Antrag der Belgier auf Vereinigung um jeden Preis hält.

Domela Nieuwenhuis (Holland) bringt im Namen der niederländischen, belgischen, italienischen Genossen und Cair Hardy's, eine Resolution ein, welche eine bedingungslose Vereinigung der Kongresse erklärt, und die er in einer dem Geist nach sehr schönen, den Voraussetzungen und Schlussfolgerungen nach nicht immer richtigen Rede begründet.

Wir wollen eine Vereinigung und keine Trennung des

Proletariats und sind bereit, diesem Verlangen unsere persönliche Eigenliebe zu opfern. Dandeln wir im Geiste Marx's, der nicht sagte: „Sozialisten aller Länder, vereinigt Euch“, sondern „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“. Dieses große Wort muß zu Fleisch und Blut werden. Wir dürfen dem Beispiel der Possibilisten folgen, welche sich für die einzige Arbeiterpartei Frankreichs erklären. Wir erklären nicht, daß wir allein Sozialisten sind, auch Possibilisten und die Sozialdemokratische Federation des Landes sind ihrem Programm nach Sozialisten. Wir wollen auch nicht untersuchen, wer für die Spaltung verantwortlich ist. Die Spaltung der Arbeiter macht den Triumph der Bourgeoisie aus, die französischen Fraktionen müssen wenigstens während des Kongresses einen Waffenstillstand schließen. Wenn der Kongress sich gegenwärtig für die scharfe Resolution entscheidet, so sei der Applaus, der Liebnecht's Worten in der ersten Sitzung spendet, und alle Worte von der Verantwortlichkeit, die hier herrsche, eine Komödie. Die Fraktionen der Arbeiterparteien dürfen sich nicht untereinander, sie müssen den gemeinsamen Feind bekämpfen, den Kapitalismus. Ihr Anführer der Sozialismus! Die Resolution, welche er behufs der Verständigung dem Kongress vorlegt, lautet:

Der Kongress bedauert, daß alle Bemühungen, um sich einem einzigen Kongress zu vereinigen, resultatlos geblieben, doch in Erwägung: daß die Tagesordnung beider Kongresse fast die gleiche ist, daß die Einigung der Arbeiter der Welt unser Aller Pflicht, erklärt er, daß der Kongress zu einer Verschmelzung mit dem anderen bereit ist, fordert, daß die beiderseitigen Mandate gegenseitig nicht bestritten werden, beschließt diese Resolution dem andern Kongress mitgetheilt werde und sobald dieser eine gleiche Resolution angenommen hat, den Kongress eine Kommission ernenne, welche sich mit einer Mission des andern Kongresses in Verbindung setze, um die Einigung herbeizuführen.

Merlino (Italien) erklärt sich für den Antrag Nieuwenhuis, Adler im Namen der Oesterreicher für die von Liebnecht eingebrachte Resolution. Bei der Frage einer Einigung handle es sich darum, daß es auf keiner Seite Besiegte und Sieger gebe. Die Resolution Tressaud mache die Possibilisten zu Besiegten, die Resolution Nieuwenhuis die Veranstalter des Kongresses hier, die Liebnecht'sche halte die rechte Mitte zwischen beiden.

Vaillant erklärt, daß er, falls der Antrag Tressaud nicht angenommen werde, die Resolution Liebnecht zustimmen werde, welche ausbrüde, daß das Organisationskomitee an nicht zu Stande gekommenen Vereinigung schuldlos ist, fordert nochmals die Arbeiterorganisationen auf, sich dem Kongress anzuschließen.

Frau Schad (London) ist der Meinung, daß nur die possibilistischen Führer, aber nicht der Kongress selbst einer Verschmelzung widerstehen. Man sende eine Delegation in den Kongress, welcher die Teilnehmer direkt zum Anschluß an uns auffordert. Truppen würden sich sicher gegen ihre Führer mit letzterem einen, und dieser werde als Sieger dastehen.

Busché, Vertreter der amerikanischen Partei, erklärt, er wolle sein Mandat erhalten, dem Kongress beizubehalten, der ihm korrekt sozialistisch erscheine. Nach Prüfung der Sachlage Ort und Stelle habe er sich für den Marxistischen Kongress entschieden. Obgleich er den anderen Kongress für nicht haltbar halte, sei er doch dafür, daß man sich mit ihm vereinige.

Nachdem noch einige Redner für die Resolution Liebnecht, andere gegen jede Verschmelzung und scheidene Redner für den Antrag Nieuwenhuis gesprochen, nachdem ferner Guesde und Genossen Resolution zu Gunsten der Liebnecht'schen zurückgezogen, kommt es zur Abstimmung. Der Kongress hat sich über drei Resolutionen: Tressaud (gegen die Verschmelzung), Nieuwenhuis (Verschmelzung um jeden Preis) und Liebnecht (Mitte zwischen beiden) schlüssig zu machen. Auf den Antrag Cipriani eingebrachten Antrag der Italiener erfolgt die Abstimmung nach Nationalitäten. Nach längerer Debatte über die Art und Weise der Abstimmung, über die Art und Weise, die Majorität und Minorität innerhalb der Nationalität festzusetzen, erhält man folgendes Resultat: 12 Nationalitäten erklären sich für die Resolution Liebnecht, 4 für die von Nieuwenhuis, 2 für die von Tressaud. Für die Resolution Liebnecht stimmen: Schweiz, Rumänien, Elsaß-Lothringen, Rußland, Oesterreich, Deutschland, Ungarn, Spanien, Amerika, England und Frankreich. Die Delegierten des letzteren schlossen ihrem Botschaft eine erklärende Referat an, der die Länder zustimmten. Die diesbezügliche Erklärung lautet:

Die Franzosen einstimmig die Resolution Tressaud votirt, daß sie sich aber der Resolution Liebnecht anschließen, wenn es nicht aussehe, als wollten sie die Wünsche der Fremden in Falle bringen. Die Resolution Liebnecht garantire genaugen die Würde der Versammlung und hält den Kongress auf dem Terrain, auf welches derselbe durch das Organisationskomitee und die Haager Konferenz gestellt worden ist.

zu überbringen. Auf seinen Wunsch werde ich Sie zu einem alten Freunde Ihres Vaters bringen, mit dem Sie durch Ihre Mutter verwandt sind. Der wird Sie als Tochter annehmen und Ihr Vater sein. Er hat eine schöne, junge Tochter, die etwas älter ist als Sie, die wird Ihre Schwester sein. Und was hier auf dem Schiffe ist, gehört Alles Ihnen als Erbtheil, das Ihr Vater Ihnen vermacht hat; Sie werden reich sein und sich dankbar des liebevollen Vaters erinnern, der so gut für Sie gesorgt hat.

Es schnürte Umar die Kehle zu, als er dachte: „und der deshalb gestorben ist, um Dir die Freiheit zu sichern, und sich den Tod gab, um Dir die Fülle des Lebens zu schenken.“

Und dann blickte er verwundert in das Antlitz des Mädchens. Limea hatte während seiner ganzen Rede keine Miene verzogen und keine Thräne war ihr entrollt. Michael dachte, sie schäme sich, vor einem Fremden zu weinen und zog sich zurück; aber das Mädchen weinte auch dann nicht, als es allein geblieben war. Sonderbar! Als sie die weiße Kaye im Wasser ertrinken sah, wie flossen da ihre Thränen, und jetzt, wo man ihr sagt, daß ihr Vater unten auf dem Grunde der Donau liegt, vergießt sie nicht eine Thräne.

Oder können vielleicht diejenigen, welche bei einer kleinen Nahrung leicht in Thränen ausbrechen, bei einem großen Schmerz nur stumm vor sich hindrücken?

Mag sein. Umar hatte jetzt Anderes zu thun, als sich den Kopf über psychologische Probleme zu zerbrechen. Die Thürme von Pancsova ringen an, im Norden aufzutauhen und den Strom herab kam ein l. l. Militärboot geschwommen, gerade auf die „heilige Barbara“ zu, mit acht bewaffneten Ushakisten, einem Ushakisten-Hauptmann und einem Profosen. Als sie das Schiff erreicht hatten, enterten sie sich, ohne erst viel um Erlaubniß zu fragen, mit einem Haken an der Schiffswand fest und sprangen aus dem Rahn aufs Verdeck. Der Hauptmann ging auf Umar los, der ihn vor der Rabinenthür erwartete. „Sind Sie der Schiffskommissar?“

„Zu dienen.“

„Auf diesem Schiff reist unter dem falschen Namen Euthym Trilalich ein aus der Türkei flüchtig gewordener Acheznar — Bascha, mit den gestohlenen Schätzen.“

Auf diesem Schiffe reist ein griechischer Getreidehändler Namens Euthym Trilalich, nicht mit gestohlenen Schätzen, sondern mit gekauften Weizen; das Schiff ist in Orsova visitirt worden und hier sind die Zeugnisse darüber; da ist die erste Schrift, belieben Sie selbst nachzulesen, ob nicht Alles so ist, wie ich sage. Von einem türkischen Bascha weiß ich Nichts.“

„Wo ist er?“

„Wenn er ein Grieche war, bei Abraham; wenn ein Türke, bei Mohammed.“

„Was, er ist doch nicht gestorben?“

„Allerdings ist er das. Hier ist die zweite Schrift, die seinen letzten Willen enthält! — Er ist an der Ruhr gestorben.“

Der Hauptmann las die Schrift durch, und warf Seitenblicke auf Limea, welche noch immer an der Stelle saß, wo sie die Nachricht von dem Tode ihres Vaters gehört hatte. Sie verstand nichts von dem, was gesprochen wurde; die Sprache war ihr fremd.

„Meine sechs Schiffsknechte und mein Steuermann sind Zeugen dafür, daß er gestorben ist.“

„Nun, das ist ein Unglück für ihn, nicht für uns. Wenn er gestorben ist, so wird man ihn begraben haben. Sie werden uns sagen, wo? und wir werden dann die Leiche exhumiren. Wir haben den Mann, der die Leiche agnosziren und die Identität des Trilalich mit Ali Tchorabachi beweisen wird, und dann können wir wenigstens auf die geraubten Schätze Beschlagn legen. Wo liegt er begraben?“

„Auf dem Grunde der Donau.“

„Ah, das ist stark! Und warum dort?“

„Nur sachte! Hier ist die dritte Schrift, welche der Plekovicjaer Dechant ausgestellt hat, auf dessen Territorium das Hinscheiden des Trilalich erfolgte, und der nicht nur ein kirchliches Begräbniß verweigert, sondern mir auch verboten hat, die Leiche ans Land zu bringen; das Volk schrie, wir möchten sie ins Wasser werfen.“

Der Hauptmann schlug zornig mit der Hand auf die Säbelgriff. „Alle Wetter! Diese verdammten Pfaffen Ueberall hat man die schwere Noth mit ihnen. Aber Sie werden Sie wenigstens anzugeben wissen, wo er ins Wasser geworfen wurde?“

„Lassen Sie mich nur hübsch der Reihe nach erzählen, Herr Hauptmann. Die Plekovicjaer schickten vier Wächter auf das Schiff, welche verhindern sollten, daß wir irgendwo die Leiche an's Land setzen; in der Nacht nun, als wir schliefen, warfen sie ohne Wissen des Schiffspersonals die Sarg, den sie mit Steinen beschwert hatten, in die Donau. Hier ist das von den Hätern selbst hierüber ausgegebene Zeugniß, da nehmen Sie es, suchen Sie die Häter zu nehmen Sie ein Verhör mit ihnen vor, und lassen Sie dann einem jeden von ihnen die verdiente Strafe zu Theil werden.“

Der Hauptmann stampfte mit dem Fuß und stieß ein cholericisches Gelächter aus. „Nun, das ist eine schöne Sache. Der entdeckte Flüchtling stirbt und kann nicht zur Verantwortung gezogen werden; der Pfaffe läßt ihn beerdigen; die Bauern schmeißen ihn ins Wasser und fassen darüber ein Zeugniß aus, unterfertigt mit zwei Namen, die nie ein Mensch geführt hat, und mit der Ortsangabe von Dorf, die nirgends in der Welt existiren. Der Flüchtling verschwindet unter den Wellen der Donau und nun kann ich entweder mit einer Schare die ganze Donau von Pancsova bis Szenbrö auf- und abfahren, oder aber die beiden Schurken nach ihren Spitznamen Karafalalovich und Stiriapicz auffuchen gehen. Bevor jedoch die Identität des Flüchtlings nicht konstatirt ist, darf ich auch die Verschuldung nicht konstatiren. Nun, das haben Sie schon gemacht, Herr Schiffskommissar! Das haben Sie meißentlich erforschen! Und für alles schriftliche Belege! Eins, zwei, drei, vier Stück. Ich wette, wenn ich den Lauffchein von der Dame dort von Ihnen verlangen würde, Sie wüßten auch den zu produziren.“

(Fortsetzung folgt.)

Für die Nieuwehuis'sche Resolution hatten gestimmt die Holländer, Belgier, Dänen und Italiener, für Treßaud die Schweden und Norweger.

Der Ausschuss wurde beauftragt, dem possibilistischen Kongress durch die italienischen Delegierten, welche ein doppeltes Mandat hatten, die Viebtucht'sche nun angenommene Resolution zuzustellen.

Der Kongress ging nach siebenstündiger Sitzung auseinander, nachdem noch beschlossen, daß sich die Kohlengräber der verschiedenen Nationalitäten miteinander besprechen und miteinander in Verbindung treten würden.

Die nächste Sitzung wird für Mittwoch früh 9 Uhr anberaumt.

Die Sitzung vom 17. Juli findet unter Vaillant's Vorherrschaft, welcher die Ankunft weiterer Delegierter anzeigt, darunter einen Vertreter Finnlands.

Lafargue schlägt vor, eine Liste zusammen zu stellen, welche die Beratungen anführt, welche die verschiedenen Delegierten wegen ihrer politischen Tätigkeit erfahren.

Der Anarchist Faure protestiert gegen das Gerücht, daß die Anarchisten gekommen, um systematischen Lärm zu machen. Er und Genossen seien gekommen, um zu hören und zu lernen, und vielleicht auch ihrerseits den Sozialisten etwas Lernenswertes zu bieten. Durch gegenseitige Belehrung möchten sie Mittel und Wege kennen lernen, die am schnellsten zur Umgestaltung der Gesellschaft führen.

Nachdem noch die Frage debattiert worden, ob nicht eine besondere Kommission beauftragt werden solle, sich mit dem possibilistischen Kongress in Verbindung zu setzen, erteilt der Ausschuss Auftrag hierzu.

Hierauf nimmt Debel, von stürmischem Beifall begrüßt, das Wort zu dem Situationsbericht über Deutschland. Der Redner erklärte es als eine bedeutsame Erscheinung, daß heute eine Frage, wie die einer internationalen Arbeiterschutzesgesetzgebung, aufgeworfen werden kann, deren Erörterung noch vor 20 Jahren unmöglich gewesen wäre. Die Arbeiterbewegung beschäftigte sich anfangs weniger mit derartigen praktischen Fragen; auf die Diskussion von Prinzipien gestützt, glaubte man, daß eine Umgestaltung der Gesellschaft ziemlich nahe liege. Unterdeß hat sich gezeigt, daß die bürgerliche Gesellschaft zwar krank und verrotten, aber doch für den Augenblick noch eine ziemlich feste Konstitution hat, und daß andererseits die Macht der Arbeiter noch nicht groß genug ist, einen Umsturz zu bewirken. Aus diesem Grunde tritt die Erörterung theoretischer Fragen in den Vordergrund. Die Behandlung derartigen Fragen erweist sich der Masse gegenüber als propagandistisch wirksam, sie führt uns die-
selben zu.

Im Anfang der sozialistischen Bewegung war die allgemeine Meinung, daß die Gewerkschaftsbewegung, die sich um die kleinsten praktischen Tagesfragen drehe, ein Hindernis für die sozialistische Bewegung sei. Nach und nach hat man jedoch eingesehen, daß diese Auffassung irrtümlich sei. Es ist unmöglich, die Massen mit einem Male für das ganze Ziel zu gewinnen. Die praktischen Fragen treten in den Vordergrund, welche dem Zwecke dienen konnten, die Arbeiter zum Bewußtsein ihrer Klassenlage zu bringen.

Die Arbeiterbewegung Deutschlands ist relativ noch jung. Sie kann sich an Alter weder mit der Arbeiterbewegung von England, noch mit der von Frankreich messen. Aber die Richtung, die sie verfolgt, die Kraft, die sie jetzt zeigt, berechtigen zu den schönsten Hoffnungen. Sie ist zu einer Kraft herangewachsen, welche die herrschenden Klassen mit Furcht erfüllt. Diese Entwicklung ist nicht nur das Resultat der theoretischen Tätigkeit, welche die Partei entfaltet hat, sondern die ökonomischen Verhältnisse, die großartige Entwicklung der Großindustrie haben mächtig dazu beigetragen. In dem Maße, als die Bewegung immer kräftiger auftrat, den Gegnern Furcht und Achtung einflößte, mußten dieselben wenigstens im Prinzip praktische Forderungen der Arbeiter, wie die einer Schutzgesetzgebung anerkennen, welche dieselben früher nie als berechtigt anerkannt hatten. Fragen, welche noch vor 20 Jahren in der Theorie und in der Praxis bekämpft wurden, stehen jetzt als ein Beweis der Kraft und des Einflusses der Arbeiterbewegung im Vordergrund der Erörterung. Gegenwärtig giebt es in Deutschland wohl Niemand, der zu erklären wagt, daß eine Arbeiterschutzesgesetzgebung unmöglich, daß unser Wirtschaftssystem ohne erhebliche Fehler sei. Dieser Umsturz in der öffentlichen Meinung ist das Werk der Sozialdemokratie, von deren Bedeutung die Zahl der am Kongress teilnehmenden Vertreter zeugt.

In den 70er Jahren war die Bewegung bereits ziemlich fort und charakterisierte sich schon damals durch ihre Agitation für die praktischen Fragen. Es wurden gewerkschaftliche Organisationen der Arbeiter geschaffen und durch eine gut entwickelte Presse die öffentliche Meinung und die Arbeiterklasse aufgeklärt. In relativ kurzer Zeit besaß die Partei gegen 50 Organe, von denen viele täglich, andere ein- oder mehrmals wöchentlich erschienen. Für die Entwicklung der Bewegung konnte der Ausbruch der Wahlen zum Reichstag zur Beurteilung dienen. 1897 bei ihrem ersten Eintreten in den Wahlkampf erhielt die Partei kaum 100 000 Stimmen, 1871 war die Zahl nur wenig gewachsen, da die Wahlen unter sehr hohem Druck stattgefunden hatten. Jedoch schon 1874 stieg die Zahl der sozialistischen Stimmen auf 310 000, 1877 auf 470 000. Die Stärke der Arbeiterbewegung stößte Furcht ein, als die Attentate Hödel und Nobiling kamen. Charakteristisch ist, daß der Vertreter par excellence der Bourgeoisie, Bismarck, auf die Nachricht von dem Attentat sofort telegraphisch antwortete: „Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie.“ Der diesbezügliche Gesetzentwurf der Regierung, welcher dieser absolute Macht verlieh, wurde anfangs von der Bourgeoisie abgelehnt. Noch war ihre Furcht nicht groß genug, und es erschien ihr als wenig rätlich, die Regierung mit unbegrenzter Macht auszustatten. Allein das Attentat Nobiling bewies den Rest. Die öffentliche Meinung ward in noch nie dagewesener Weise bearbeitet, um das Attentat als eine Folge der sozialdemokratischen Agitation beizustellen und die Bourgeoisie mit dem Gespenst einer sozialen Revolution zu schrecken. Unter solchen Umständen fanden die Reichstagswahlen statt und die Sozialdemokratie votierte. Was bedeutete dieses Ausnahmegesetz? Das Regierung und Polizei überall einschreiten konnten, was, wie es im Gesetz heißt, sich sozialistische, revolutionäre, kommunistische, auf Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung abzielende Bestrebungen manifestierten. An Stelle der Auffassung, welche das Strafgesetzbuch über diese Bestrebungen hat, trat die Auffassung, welche die Polizei in dieselben hineinlegte. Kaum war das Gesetz bewilligt, so wurden sämtliche sozialistische Zeitungen unterdrückt und alle Organisationen aufgelöst. Die Familien der Genossen, welche bei der Redaktion, Administration, bei dem Druck der sozialdemokratischen Organe, welche in den Genossenschaftsdruckereien beschäftigt waren, wurden mit einem Schlag ruiniert, hunderte von Familien wurden verwüstet. Ueber ganze Distrikte, wo man die Bewegung zu sehr fürchtete, ward der kleine Belagerungszustand verhängt. Berlin und Umgegend ward zuerst mit demselben beglückt, und in der Folge wurden 93 Parteigenossen, gerade die thätigsten, zielbewußtesten ausgewiesen und ins Exil gejagt. Zwei Jahre später ward der Belagerungszustand über den Rhein verhängt, es regnete auch hier Ausweisungen, Berlin hier eingewanderten zum Opfer fielen. Eine große Anzahl der Betroffenen zogen vor, ihr Vaterland ganz zu verlassen, ins Ausland, besonders nach Amerika zu gehen. 1881 erhielt Leipzig und Umgegend den Belagerungszustand, Frankfurt a. M., Stettin und andere Bezirke folgten. Gegen-

wärtig stehen ungefähr 3½ Millionen Deutsche unter dem kleinen Belagerungszustand, mehr als 500 Männer, der Mehrzahl nach Familienväter, sind ausgewiesen worden, und die Polizei hat nahezu unbefristet Vollmacht, so thun, was sie will. Weiter hat sich unter diesen Verhältnissen ein Spitzelsystem entwickelt, wie es selbst Frankreich zur Zeit Napoleon III. nicht kennen gelernt hat. Dasselbe wird aufrecht gehalten durch den gemeinsamen Fonds, der Millionen faßt. Jedes Mitglied der Partei, das sich thätig erweist, steht unter polizeilicher Beobachtung. Die Polizei kann jeden Verein, jede Versammlung schließen, sobald sie nur die umstürzlerischen Bestrebungen konstatirt und für vorhanden erklärt.

Das Versammlungs- und Assoziationsrecht besteht nicht mehr, und sogar zur Zeit der Wahlen ist es dem Arbeiter schwer gemacht, seiner Bürgerpflicht zu genügen, deren Ausübung aber durch die Verfassung garantiert ist. Da sich die Sozialdemokratie durch alle diese Repressalien nicht vernichten ließ, nahm man zu den kleinlichsten Mitteln Zuflucht. Oft ist es unmöglich, für die einberufenen Versammlungen ein Lokal zu finden, da der Wirth in letzter Stunde den Saal verweigert. Alle Veröffentlichungen, Broschüren, Flugblätter, Programme etc. sind mehr oder weniger auf Grund des Ausnahmegesetzes der polizeilichen Entscheidung preisgegeben. Sie werden verboten, sowie die Polizei umstürzlerische Bestrebungen in ihnen erblickt. Und die Polizei machte von ihrem Rechte ausgiebigen Gebrauch; mehr als zwölfhundert derartige Schriften sind seit dem Erlasse des Ausnahmegesetzes verboten worden. Das Gleiche galt von den Arbeiterblättern, welche an verschiedenen Orten gegründet und von der Polizei unterdrückt wurden. Die deutsche Sozialdemokratie sei aber bis jetzt in dem Kampfe siegreich gewesen. Durch ihre korrekte, zielbewußte, würdige Haltung, durch den Ernst, mit dem sie sich alle zweideutigen Elemente vom Halse geschafft, habe sie die öffentliche Meinung mehr und mehr für sich gewonnen. Sie gewinnt mehr und mehr Sympathien unter den Kleinhandwerkern, dem Kleinbürgertum, das unter der wirtschaftlichen Lage unendlich leide und in immer größerer Unzufriedenheit gerathe. Die Arbeiterblätter hätten sich bedeutend verbessert. Die Prinzipien würden geschärft und klarer auseinander gesetzt, als je zuvor, die sozialistische Arbeiterpresse ist weiter verbreitet als früher. Die Polizei müsse unter ihren eigenen Augen neue Organisationen zulassen. Die Polizei muß in ihren Berichten über die Belagerungszustände zugeben, daß sie das Recht besitzt, diese Organisationen aufzulösen, daß sie es aber in Anbetracht der öffentlichen Meinung und der Nutzlosigkeit ihrer Akte nicht zu thun für angebracht halte. Sie kann eben nicht mehr von der ganzen, ihr zulebenden Macht Gebrauch machen. Fürst Bismarck habe sich in einem Zwist mit der Schweiz gestürzt, um auch dort Repressivmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie zu erhalten. Aber wenn er auch einen Kordon von Polizisten und Gendarmen die Schweizer Grenze entlang stellte, könne er damit die Ausbreitung und Kräftigung der Bewegung nicht hindern. Welches auch der Ausgang dieses Kampfes mit der Schweiz sein mag, der Sozialdemokratie könne er nichts schaden. Er schade höchstens den Freunden Bismarck's, die mit den Unbequemlichkeiten, Paß- und Grenzschereereien beglückt sind. Wenn die Herren und Damen der Bourgeoisie, die zur Erholung die Schweiz bereisten, an der Grenze molestirt würden, würden diese zur Erkenntnis gelangen über die Mittel, mit welchen ihr Ideal da gegen eine große geschichtliche Bewegung ankämpft. Ein anderes Moment zeige ebenfalls, welche Macht die Arbeiterbewegung geworden sei. Dieses Moment seien die großen wirtschaftlichen Kämpfe, wie sie in den Streiks dieses Frühjahrs zum Ausdruck gelangten. Die wirtschaftliche Lage trage die Propaganda für unsere Ideen bis in die abgelegensten Gegenden. Es sei durchaus falsch, wenn behauptet worden sei, daß die Sozialisten die Streiks der Kohlengräber in Rheinland - Westfalen verursacht hätten. Der so viel Aufsehen verursachende Streik sei ohne Dazuthun der Sozialdemokratie zu Stande gekommen. Der Streik sei durch den Druck der wirtschaftlichen Lage auf ganz natürliche Weise entstanden. Aber alle diese Streiks, wie auch immer ihr Ausgang sein möge, würden schließlich der sozialistischen Arbeiterbewegung zu Gute kommen, denn sie rufen das Klassenbewußtsein der Arbeiter hervor und zeigen, daß der Unternehmer und Arbeiter sich in Bezug auf ihre Interessen in unverföhlichem Gegensatz befinden, daß zwischen ihnen keine Harmonie möglich ist. Sogar die feindliche Presse muß zugeben, daß nur die sozialistische Bewegung Nutzen aus der Lage ziehe. Die Wahlstatistik beweise, wie wenig das Ausnahmegesetz gegen die Partei vermocht habe. Die Verwirrung, welche anfangs durch das Sozialistengesetz erzeugt und von der Reptilienpresse unter der öffentlichen Meinung unterhalten worden sei, lieh zwar 1881 die Stimmen auf 380 000 herabsinken, allein dafür waren dieselben 1887 auf die kaum geahnte Höhe von 775 000 gestiegen. Dabei muß in Betracht gezogen werden, daß in Deutschland das Wahlrecht erst mit vollendetem 25. Lebensjahre gewährt sei, so daß also hinter den 775 000 noch weitere Hunderttausende von überzeugten Sozialisten vorhanden seien. Für die nächsten Wahlen sei ein beträchtlicher Stimmengewinn zu erwarten. Wir haben die Ueberzeugung, daß der Kampf heftiger als je zuvor sein wird, aber wir sind auch fest von unserem endlichen Siege überzeugt und entschlossen, unser Ziel zu erreichen. Die Arbeiterpartei hat außerdem den Versuch gemacht, die Arbeitsbedingungen auf gesetzgeberischem Wege zu verbessern, dem Arbeiter zu ermöglichen, besser zu leben und ihn dann für den Kampf geeigneter zu machen. Die Vertreter der Arbeiterpartei hätten deshalb die Frage eines Normalarbeitstages, des Verbots der Nacht- und Sonntagsarbeit, der Kinderarbeit, eine Beschränkung und Verbot der Arbeit der Frauen in gewissen besonders gesundheitsgefährlichen Gewerben, die Gründung von Organisationen, welche den Arbeitern erlauben, ihr Recht einzumachen zu wahren, die Inspektion der Groß-, Klein- und Hausindustrie in Anregung gebracht. Bis jetzt habe sich die große Majorität der Reichstagsabgeordneten gegen alle von den Sozialisten herrührenden diesbezüglichen Anträge ablehnend verhalten.

Redner geht auf die Entwicklung ein, welche die Arbeiterschutzesgesetzgebung in Reichstag gehabt und auf den Widerstand, den sie namentlich seitens Bismarck's, als dem Hauptgegner derselben, gefunden. Er behandelt weiter die Schritte, welche seitens der schweizer Regierung zur internationalen Regelung der Frage geschehen sind und kommt auf die ökonomische Entwicklung zu sprechen, die eine solche Gesetzgebung mit jedem Jahre notwendiger erscheinen ließen.

Es sei nun Pflicht des Kongresses, auszusprechen, was er in dieser Beziehung für nötig halte.

In Ausschusse hatte man sich über die zu erhebenden Beschlüsse noch nicht geeinigt. Dagegen hat der Redner bereits eine auf die Frage bezügliche Resolution ausgearbeitet, welche er hiermit dem Kongress unterbreitet, es steht Jedem frei, in den Debatten und durch Einbringung von Vorschlägen und Verbesserungen dieselbe zu ergänzen und zu modifizieren. Diese Resolution soll selbstredend für die Aktion der Parteien in den verschiedenen Ländern in keiner Weise absolute und bindende Geltung haben. Die respektive Lage der Länder allein kann hierüber entscheiden. Es giebt Länder, in denen die Erreichung eines achtstündigen Normalarbeitstages unmöglich ist, wo nur ein neun-, ja ein zehnstündiger erzielt werden kann. Aber es ist von Bedeutung, den achtstündigen Normalarbeitstag für alle Länder im Prinzip festzuhalten, als ein Ziel, das schon heute erreicht werden könne. Mit Rücksicht auf die praktische Agitation in den einzelnen Ländern enthält die Resolution keine Forderung, welche nicht durchführbar sei. Redner begründet die einzelnen Punkte der Resolution des Näheren und verlangt insbesondere, daß die gesetzliche Beschränkung eben so sehr auf die Hausindustrie, wie auf das Kleingewerbe aus-

gedehnt würden. Es sei eine Schande für unser Jahrhundert, das sich so gern mit seiner Humanität brüste, daß die Barbarei der Kinderarbeit noch fortbestehe. Zwar besteht in Deutschland ein Gesetz, daß Kinder von 12 bis 14 Jahren nicht länger als 6 Stunden arbeiten dürfen, allein in der Klein- und Hausindustrie finden diese Gesetze keine Anwendung. Gerade hier finden sich in dieser Beziehung die schrecklichsten Zustände. Die schiffische Bourgeoisie habe erklärt, daß, wenn der Reichstag die Abschaffung der Kinderarbeit votire, die Großindustrie zu Grunde gehen müsse, denn die Klein- und Hausindustrie würde ihr dann unter Fortbenutzung der Kinderarbeit eine Konkurrenz auf Leben und Tod machen.

Weiter begründet Redner die Nothwendigkeit einer gründlichen Ueberwachung nicht bloß der Großindustrie, sondern auch der Kleingewerbe und der Hausindustrie, wo sie am allernothwendigsten sei. Die Kosten für eine solche Ueberwachung könnten nicht in Betracht kommen. Den Regierungen sei es gelungen, die Steuerhaupte zu Gunsten des Militarismus noch fester anzuziehen, und dem gegenüber sei es eine Absurdität, behaupten zu wollen, daß wir mit der genügenden Anzahl von Fabrikinspektoren zu große Opfer fordern. Man hat nie Geld, wenn es sich um die Bedürfnisse der großen Masse handelt, man findet es stets und erhält es in ungemessener Summe, wenn die Interessen der Bourgeoisie im Spiele sind. Uebrigens ist die Arbeiterschaft bereit, selbst die Ueberwachung und Beaufsichtigung der industriellen Betriebe in die Hand zu nehmen, die Ausführung der Gesetze zu überwachen. Man gebe ihr nur die nötige Freiheit dazu. So sehr die Bedröckung der gegenwärtigen Fabrikinspektoren noch der Versöhnlichkeit bedürfen, hätten sie doch schon viele bis dahin unbekannte Thatfachen ans Licht gezogen. Die Unwissenheit über die wahre Lage der Arbeiterschaft sei noch in allen Ländern groß, die darauf bezügliche Statistik sei mehr als mangelhaft. Alles, was in dieser Beziehung geschehen, sei wenig und lichte kaum den Schleier von dem entsetzlichen Bilde.

Die politische Situation mache es vielfach den Arbeitern unmöglich, durch Gebrauch ihres Koalitionsrechts eine Verbesserung ihrer Lage zu erzielen. Trotzdem muß die Arbeiterschaft an der Organisation festhalten. Sie muß einsehen, daß sie Alles nur durch eigene Kraft, nichts durch den guten Willen der Herrschenden erreichen wird. Mit bloßen Beschlüssen ist hier nichts zu thun. Wir müssen vielmehr mit Zähigkeit und Energie an dem Entschluß festhalten, durch Propaganda und Aktion für Das voll und ganz einzutreten, was wir auf dem Kongresse beschließen. Das Proletariat aller Länder hat sich mit Recht einmüthig für die Frage der Arbeiterschutzesgesetzgebung erklärt. Um so energischer wir an unseren Forderungen festhalten, um so entschiedener wird für dieselben eintreten, um so besser werden die Resultate sein, welche wir erzielen und über die wir hoffentlich auf dem nächsten internationalen Kongress berichten. (Stürmischer Beifall.)

Nach Aufstellung der Tagesordnung und dem Beschluß, jeden Tag eine Kollekte zu Gunsten der von dem Mineurastrikt zu St. Etienne Betroffenen, sowie der anlässlich des Streiks in Westfalen Verurtheilten zu veranstalten, wird die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung morgen, früh 9 Uhr.

Politische Uebersicht.

Zum internationalen Arbeiterkongress wird uns aus Paris geschrieben: Die Possibilisten haben die Einigung auch jetzt wieder zurückgewiesen, und damit die Nichtigkeit unserer von Anfang an ausgesprochenen Ueberzeugung bestätigt, daß sie prinzipiell die Einigung nicht wollen. Wer die Führer der Possibilisten kennt, wer die Haltung der Bourgeoisie und der Regierungspresse Frankreichs, Deutschlands und anderer Länder beobachtet, konnte sich überhaupt keinem Zweifel in dieser Hinsicht hingeben. Die Parteinahme aller antisozialistischen Parteien für die Possibilisten und deren Kongress ist zu augenfällig, um mißverstanden zu werden.

Späsig ist, daß die Possibilisten die Frage der Mandatprüfung zum Vorwand des Verharrens in der Sonderbündelei gemacht haben — denn unter ihren Mandaten befinden sich sehr wenige, welche die Kritik vertragen können. Man denke nur, daß Paris durch dreihundert und mehr „Delegirte“ vertreten ist. — Freilich, aus Paris mußte man die „Delegirten“ sich holen, denn im übrigen Frankreich giebt es keine Possibilisten. Kurz, der Kongress der Possibilisten ist eine Farce, und die Einigung der französischen Arbeiter wird durch die Sonderbündelei der „possibilistischen“ Führer nicht aufgehoben. — Der Kongress wird am Sonntag seine Arbeiten beendigen. Die Berichterstattung wird Freitag geschlossen, und zwei weitere Sitzungen, höchstens drei werden genügen, um die ganze Tagesordnung zu erledigen.

Was zu arg ist, ist zu arg. Die „Frankfurter Zeitung“, ein Blatt, welches sich demokratisch nennt, bringt in ihrem Abendblatt vom 16. d. M. nachstehende Korrespondenz aus Paris: Paris, 15. Juli. Außer der Menge internationaler Fachkongresse aller Art, welche unter der Förderung der französischen Behörden während der Ausstellung der Reihe nach bis zum September tagen — es sind wohl ihrer gegen 70 und zu ihrer gemeinsamen Abhaltung hätte es selbst hier an passenden Räumen gefehlt — sind auch noch einige andere Zusammenkünfte von Angehörigen verschiedener Länder auf mehr oder weniger spontane Weise veranstaltet worden. So hatten wir bereits die Frauenrechtlerinnen und den Friedenskongress, über welche Sie ausführlich berichtet haben, und heute ist nun auch ein Sozialistenkongress zusammengetreten. Die „Delegirtenliste“ weist genau ebenso viele französische als ausländische „Vertreter“ auf. Die Namen der 189 französischen Einberufer repräsentieren, wenn man von einigen Gemeinderäthen und Kammerkandidaten absteht, welche wohl ihre Gesälligkeits-Unterschriften hergaben, aber sorgsam unter irgend welchen Vorwänden möglichst viele Kilometer zwischen sich und den Kongress legen, keine eigentliche Partei, sondern höchstens einige kleine Sekten, die sich nach Programm und Personen gestern bitter beschiedet haben und morgen wieder grünnig beschieden werden, aber vor dem allgemeinen Stimmrecht noch niemals Gnade gefunden haben und auch schwerlich je Gnade finden werden. Weder seine Häuser noch die 608 Stimmen, mit denen er vor vier Jahren in einem Arbeiterdepartement dem mit zwanzigfacher Zahl gewählten Republikaner unterlag, berechtigen z. B. Herrn Lafargue, sich für den Vertrauensmann der zu vereinigenden Proletarier aller Länder oder auch nur des wenigsten Bruchtheils der französischen hin-zustellen. Noch weniger dürfte diese Rolle dem Bürger Guesde anstehen, einem nicht ungewandten Journalisten, der aber, abwechselnd mit Anarchisten, bürgerlichen Radikalen, Blanquisten, Positivisten (Gegnern des allgemeinen Stimmrechts) gemeinsame Sache gemacht und sogar mit dem Boulangisten Hand in Hand gearbeitet hat, weshalb er nur geringes Vertrauen bei den Arbeitern besitzt. Umgekehrt bilden die sogenannten „Possibilisten“, welche dem Kongress ferngeblieben sind, weil sie von den Genannten nichts wissen mögen, durch die Fachvereine den eigentlichen Kern der organisirten französischen Arbeiterschaft.

Dies die Korrespondenz, welche der Feder des Herrn Nordau (recte Süßfeld) entfloßen zu sein scheint. Was über den Kongress, die „Delegirtenliste“, die „Vertreter“ u. s. w. gesagt ist — nun, das ist Sache des Korrespondenten, der die Sozialdemokratie hoffentlich auch in Zukunft mit seinen Sympathien verschonen wird. Desgleichen seien die häßlichen Bemerkungen übergegangen, mit denen Lafargue bedröckert wird. Eine wahre Infamie, die angezogen werden muß, ist aber der Angriff

auf Guesde, den uneigennützigsten und charakterfestesten der Menschen, welcher hier als wankelmütziger, charakterloser Lump hingestellt wird. Einen Mann wie Guesde, dessen ganzes Leben ein Leben der Aufopferung ist, und der auch seine Gesundheit im Dienste der Arbeiterfrage geopfert hat, verteidigen zu wollen, das würde ihn beleidigen. Es giebt da nur ein Gefühl: Verachtung für den ehrlösen Verleumder!

Wichtig für Krankenkassen. Durch die Blätter geht folgende Notiz: „Infolge höherer Anordnung finden gegenwärtig durch die Landräthe Ermittlungen darüber statt, ob die im Interesse des Krankenversicherungsgesetzes festgesetzten, ortsüblichen Tagelöhne gewöhnlicher Arbeiter noch den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen oder ob eine Abänderung dieser Sätze geboten erscheint.“

Das Einjährig-Freiwilligen-System ist in Frankreich abgeschafft. Infolge des neuen Militärgesetzes werden in diesem Jahre zum letzten Male Einjährig-Freiwillige in die französische Armee aufgenommen. Das „Journal Officiel“ veröffentlicht ein diesbezügliches Rundschreiben des Kriegsministers an die Generale, welche Armeekorps befehligen. Die später als am 1. November 1871 geborenen jungen Leute werden nicht mehr zugelassen, die zum Freiwilligendienst Berechtigten werden bis zum 14. August angenommen, dann hört diese Einrichtung für Frankreich auf.

Ein rauch- und knallloses Pulver soll nach Mitteilung verschiedener Blätter erfunden sein. Damit stände auf militärischem Gebiet eine Umwälzung bevor, die in ihren Folgen gar nicht abzusehen ist. Die „F. Z.“ widmet der Erfindung einen langen Artikel, an dessen Schluss es heißt: „Die gesammte Kriegführung wird noch mehr als bisher den Charakter des Massenmordes annehmen und zwar des meuchlerischen, heimtückischen Mordes, der den Gegner aus der Entfernung beschleicht, unversehens überfällt und abtötet, ohne daß es zum Kampfe kommt Mann gegen Mann, Auge in Auge. Das ritterliche Wesen im Kriege erleidet abermals Abbruch; die raffinirtere Ausbildung der Nordmaschinen, die gesteigerte Anwendung derselben giebt vollends den Ausschlag. Der Menschfreund kann dabei nur in dem Gedanken eine gewisse Verabregung finden, daß je schrecklicher sich die Kriege der Zukunft gestalten müssen, um so größer die Verantwortlichkeit der Machthaber wird, welche es in der Hand haben, die Kriegsjurie zu entseffen.“

Selbstkirchen. 19. Juli. Der hier auf Zeche Dahlbusch neu ausgebrochene Ausbruch der Bergarbeiter hat einen wesentlich prinzipiellen Charakter. Wie bereits mitgeteilt, war die Veranlassung zu der neuerlichen Bewegung die Mahregelung des Deputirten Kampmann. Die ganze Zeche, welche im Besitz von Belgien sich befindet. Die Astenhaber sind Belgier und der Aufsichtsrath hat seinen Sitz in Brüssel. Die Leitung der ganzen Zeche ist dem Generaldirektor Schulze-Briesen übertragen, und er ist es auch, dem die Verantwortung für die neue Bewegung zufällt. Nach seiner Erklärung sollten keinerlei Mahregelungen vorgenommen werden und dennoch wurde der Deputirte Kampmann entlassen, weil er in einer Versammlung am Sonntag Schäden der Zeche besprochen hatte. Die ganze Zeche trat für ihn ein, und am Donnerstag fand sich dieselbe vollständig auf dem Zecheplatz ein, um falls die WiederEinstellung Kampmanns beschlossen worden wäre, voll und ganz anzufahren. Der Generaldirektor Schulze-Briesen erklärte, daß er vom Aufsichtsrath aus Belgien den Auftrag habe, Kampmann nicht mehr einzustellen. Infolge dieser Erklärung zog die ganze Zeche ab. An demselben Morgen war eine rote Fahne auf der Friedenseiche, die sich in unmittelbarer Nähe des Zecheplatzes befindet, aufgehißt. Diese Aufhissung war aber von einem Beamten ausgegangen, welcher offenbar den Bergleuten dadurch einen schlechten Streich spielen wollte. Den Bergleuten ist neuerdings erklärt worden, daß sie förmlich entlassen seien, und wenn sie sich auf dem Zecheplatz sehen ließen, würden sie mit Hilfe der Polizei entfernt. Daraufhin haben heute die Bergleute folgenden Aufruf erlassen: „An die gemahregelten Bergarbeiter der Zeche „Dahlbusch“! Kameraden! Noch einmal ist uns von Seiten unserer Grabenverwaltung der Kampf um unser Recht aufgezwungen worden. Ihr wißt Alle den Vorgang. Der Generaldirektor Schulze-Briesen hat sein uns gegebenes Wort, daß unter seiner Verwaltung kein Deputirter gemahregelt werde, gebrochen, und den Deputirten Kampmann am 16. d. Mts. entlassen. Kameraden! Infolge der letzten Vor-

gänge ist die ganze Zeche als gemahregelt betrachtet und der Generaldirektor Schulze-Briesen hat gestern, am 18. dieses Monats, ferner erklärt, daß er nicht nachgeben werde und sich auf weitere Unterhandlungen nicht einlasse. An uns liegt es nun, die Ehre des Bergmanns zu wahren und abzuwarten, bis der Herr Generaldirektor anderen Sinnes geworden ist. Kameraden! Jeder von Euch weiß, was zu thun ist; wir haben Alle für Einen gestanden, jetzt muß jeder Einzelne für Alle eintreten. Die Arbeiterschaft von ganz Deutschland sieht auf uns und erwartet von uns, daß wir unser gutes Recht einmüthig und energisch wahren werden. Kameraden! Die Arbeiterschaft von ganz Deutschland wird uns in dem Kampf um unser gutes Recht nicht verlassen. Wie man uns während des großen Ausstandes unterstützte, wird man sich auch jetzt unserer erinnern. Der Zuzug nach der Zeche „Dahlbusch“ wird fern gehalten, dafür bürgt uns das Solidaritätsgefühl der gesammten Arbeiterschaft und damit ist auch der Sieg für uns entschieden. Kameraden, bleibt ruhig und laßt Euch durch nichts aufreizen. Rothhaulen, den 19. Juli 1889. Im Auftrage der Deputation: W. Rehmann. D. Schlömann. B. Wilms. — Alle Arbeiterblätter sind gebeten, diesen Aufruf abzurufen.

Aus Sachsen. 18. Juli, schreibt man der „F. Z.“: Die Unterjochung wegen Wahlfälschung, welche seit etwa drei Jahren gegen den Lehrer Jungbänel in Buchhardtsgrün bei Schneeberg und einige andere dortige Einwohner schwebte, ist laut einer Mitteilung der Staatsanwaltschaft zu Zwidau eingestellt worden. Bei der Reichstagswahl des Jahres 1886, bei welcher im Wahlkreise Stollberg-Schneeberg an Stelle des konservativen Abg. Ebert der Sozialdemokrat Geyer gewählt wurde, waren in Buchhardtsgrün 53 Stimmzettel gezählt worden, von denen 50 auf den Kandidaten der „Ordnungspartei“ sichierlich und 3 auf Geyer lauteten. Buchhardtsgrün hatte insgesamt 53 stimmberechtigte Wähler, und es müßten sonach alle gewählt haben. Nun behaupteten aber 8 Wähler, von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht zu haben und 6 davon bestätigten auch diese Behauptung vor Gericht. Die Sache war beinahe in Vergessenheit gerathen, als vor wenigen Wochen das „Ergeb.“ Tagebl.“ wieder daran erinnerte. Eine erneute Beschwerde hat zur Folge gehabt, daß den Beschwerdeführern eröffnet wurde, es liege auch für die Bezirksbehörden kein Anlaß vor, gegen Jungbänel diszipliniell einzuschreiten, zumal seit jener Zeit drei Jahre verfloßen seien. Warum die Staatsanwaltschaft nicht rechtzeitig eingeschritten ist, darüber liegen uns leider vorerst keine Gründe vor.

Auch ein Crost. Die „Nationall. Corresp.“ bringt einen Artikel über die Halberstädter Reichstagswahl, welcher darlegt, daß der Rückgang der kartellbrüderlichen Stimmen um 10 000 nichts zu bedeuten hat, daß es aber bemerkenswerth sei, daß die Sozialdemokraten 100 Stimmen weniger erhalten haben. Die Sozialdemokraten hatten bei der vorigen Wahl nur 12 1/2 pCt. sämmtlicher abgegebenen Stimmen, diesmal über 20 pCt. Ein prächtiger Rückgang!

Für die bevorstehende Reichstagswahl in dem 14. elsass-lothringischen Stadt- und Landkreis Metz ist an Stelle des Gemeinderaths Lamique, welcher die auf ihn gefallene Wahl ablehnte, der Abbe Delle als Kandidat der Protestler aufgestellt worden.

Großbritannien. In dem Prozeß O'Brien gegen den Premier Marquis v. Salisbury, wegen Ehrenkränkung gaben die Geschworenen heute ihren Wahrspruch zu Gunsten des Premiers ab. O'Brien hatte eine Entschädigung von 10 000 Pfd. verlangt.

Frankreich. Das Manifest Boulangers und Genossen als Antwort auf den Anklageact des Generalprocurators hat folgenden Wortlaut: „Französische Wähler! Wir hatten es verschmäht, auf die gegen uns gerichteten Verleumdungen zu antworten. Unsere Enthaltung hat sich gerechtfertigt, denn die Thatfachen selbst haben unsere Vertbeidigung übernommen. Das Parlaentsgericht und die Regierung haben zuerst versucht, ehrenhaften Offizieren unserer Armee lügenhafte Anklagen ihres ehemaligen Chefs zu entreißen. — Die Verführer von Zeugen haben darauf nicht geögert, sich an rüdfällige Verbrecher zu wenden, und sind bis in die Zellen von Mazas gegangen. — Diese Zeugenaussagen werden mit dem Gelde der Steuerzahler bezahlet, und diese elenden Pflichtvergessenen klagen den früheren Kriegsminister an, Staatsgelder veruntreut zu haben. Der öffentliche Abtheil hat diese Uebelthäter bereits verurtheilt, welche die Gerechtigkeit des Landes

demnächst erreichen wird. Aber schon heute tritt zu Tage, wie sie Nichts gegen uns vorbringen konnten und nicht den geringsten Beweis befaßen. Euch, Mitbürger, laden wir zu weiteren zwischen uns und diesen Dieben ein. Wir erwarten das Vertrauen den Beschluß, den Ihr bald fassen werdet. Es las das wiedergeborene Frankreich! Es lebe die Republik! gez. Boulanger. Dillon. Rodesfort.“ — Die Regierung läßt sich durch diese Grobmäuligkeit nicht irritiren, bereitet mit fester Hand die Wahlkampagne vor. Allem heißt es, die Verwaltung von boulangistischen Elementen säubern und die Minister find eben daran, alle ungewollten Kantontisten aus ihren Stellen zu entfernern. Diese Purification wird gleichmäßig in allen Ressorts vorgenommen, und gegenwärtigen Nachthaber erhoffen von dem heilsamen Scheitern diese Anordnung hervorgerufen, günstige Resultate. Regierung soll einschließen sein, die Unwählbarkeit Boulangers bei den Generalwahlen. Arrondissementswahlen zu proklamiren. formelle Recht steht ihr hierbei zur Seite, da ein zwölfwöchiger Aufenthalt im Arrondissement Vorbedingung zur Candidatur auf den General vereinigen, so wird der Effect des Wahlganges so ziemlich derselbe sein, wie wenn Boulanger gewählt würde.

Der Minister des Innern, Constans, hat beschlossen, eine Abtheilung von 100 Spezial-Polizei-Agenten organisiren, deren Aufgabe sein soll, aufrührerische Organisationen aufzulösen. Der „Temps“ meldet, daß die Entlassung von Beamten, welche der boulangistischen Partei angehört, fortdauern wird, sowohl im Finanzministerium, als in anderen Ministerien. Das Ministerium des Innern wird einige Beamte entlassen, bei denen Schriftstücke mit Beschlag belegt wurden, welche die Verbindung dieser Beamten mit den boulangisten bestätigen.

Italien. Das „Amisblatt“ veröffentlicht einen Bericht des Generaldirektors der öffentlichen Sicherheit in Rom an den Minister des Innern, betreffend die Einrichtung einer Verbindung, genannt: „Komitee für Triest und Trient in Rom.“ Dieses Komitee, heißt es in dem Bericht, verfolge dem Staate zuwiderlaufende Ziele, habe der Polizei ein Manifest an die Italiener überreicht, die Erlaubniß zu erlangen, diesen Aufruf durch Plakate verbreiten. Diese Erlaubniß sei dem Komitee verweigert worden. In diesem Manifest fordere das Komitee das Volk, dem Vorwande, Triest und Trient zu befreien, zu Unruhen Agitation in Italien auf, es beleidige die Regierung und das Parlament, indem es ihnen Vorwurf mache, die Rechte des Volkes zu verletzen. Das Komitee vermünche die Allianz, welche das Parlament des europäischen Friedens und die Gewährung der Unabhängigkeit und Einheit Italiens gegenüber einer feindlichen Nation (Frankreich ist gemeint. Red.) und den unversöhnten Feinden Italiens sei. Das Vorgehen des Komitees ziele darauf ab, die internationalen Beziehungen zwischen Italien und der Regierung und einer auswärtigen Macht zu trüben und zu isoliren. Aus diesen Gründen habe der Polizeichef den Generaldirektor der öffentlichen Sicherheit ein Dekret, betreffend die Auflösung des Komitees, unterbreitet. Das „Amisblatt“ veröffentlicht dieses von Crispi unterzeichnete Dekret, das das „Komitee für Triest und Trient“ für aufgelöst erklärt.

Die Hausführung im radikalen Klub ist nichts Bemerkenswerthes. Die „Fanfulla“ meldet: Crispi telegraphirte Präfekten, daß jede irredentistische Kundgebung infolge der Auflösung des Komitees für Triest und Trient zu vermeiden sei. — Wie lange die Italiener noch damit einverstanden werden, von Crispi nach dem Recept Bismarcks regiert werden, bleibi abzuwarten.

Afrika. Kairo, 20. Juli. (Telegramm des Reuters Bureau.) Die englischen Kanonenboote fuhren heute hinaus und schnitten zweihundert Derwischen den Rückzug, wobei Viele getödtet wurden. An dem westlichen Ufer des Nilmarschiren 1000 Derwische mit 500 Gewehren, um sich Njumi anzuschließen.

Theater.

Dienstag, den 23. Juli.
Troll's Theater. Silvana.
Friedrich - Wilhelmstädtisches Theater. Orpheus.
Viktoria-Theater. Die Kinder des Kapitän Grant.
Sollalliance-Theater. Gefährliche Mädchen.
Stend-Theater. Muttersegen, oder: Die neue Fanchon.

Passage 1 Cr. 9 M. — 10 A.
Kaiser-Panorama.
 Diese Woche:
 Zweiter Theil: **Pariser Weltausstellung 1889. Unter-Italien mit Pompeji. Reise Sr. Maj. Schiff Bertha.**
 Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abonn. 8 Reisen 1 M.

Soeben erschien
Der wahre Jacob
 Nr. 78.

Mit Portrait Wilhelm Hasenclever's.
 Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.

Preussische Lotterie-Loose
 offer. 1. Hauptziehung 4. Klasse 180. Lott. v. 23. Juli bis 10. August. Hauptgewinn: 600 000 M. 2x300 000 M. u. 578 Anthelloose
 1/1 24 M., 1/2 12 M., 1/3 8 M., 1/4 6 M., 1/5 4 M.
S. Labandter, ältestes Lotterie-Geschäft, gegründet 1800. — Berlin, Johannisstr. 5, part

Jede Uhr zu repariren und zu reinigen kostet bei mir unter weeller, schriftl. Garantie auf 1 Jahr nur 1468
1 Mark 50 Pfg.
 Kleine Reparaturen billiger. Neue Uhren zu Fabrikpreisen.
R. Rimler, Uhr-Alt. Schönhauserstr. 25, macher, part., im Laden.

Schweizer-Garten

Am Königsthor.
 Heute, Dienstag:
 Großes
Fronten- u. Kriegsjenerwert
 der Herren A. u. G. Massow, Bonander u. Hornig. 3. Schlus: Die Belagerung von Sebastopol u. Die Erstürmung des Malakoffthurmes. Vorotechnisches Kriegsschauspiel von ca. 160 Personen.
Theater u. Specialitäten-Vorst.
 Volksbelust. aller Art. Bis 2 Uhr Hall.
 Entree 50 Pf. Billets à 40 Pf. in den Handlungen. Alles Nähere die Anschlagtaulen.
 Teleph.-N. VII a 5771.

Preuß. Original-Loose mit Bedingung der Rückgabe nach beendeter Ziehung resp. gegen Gewinnempfang

1/1 196 M., 1/2 98 M., 1/4 49 M., 1/8 24 1/2 M.,
 Anthelle: 1/16 24 M., 1/32 12 M., 1/64 6 M., 1/128 3 M.
 empfiehlt und versendet **M. Meyer's** bekannte Glückskollekte, Berlin O., Roppenstr. 66.
 Porto u. Liste 75 Pf. extra.

800] Empfehle allen Freunden und Genossen meine **Glaserei und Bilder-Einrahmung.** Bilder-Verkauf von Lassalle und Hasenclever als Präsidenten des Allg. Deutsch. Arbeiter-Vereins, **Bebel, Liebknecht, Lassalle und Marx** in Cabinet und Visites u. s. w. Bestellungen nach Auswärts brieflich.
Carl Scholz, Brangelsstr. 32.

Soeben erschien:
Das Gesetz betreffend
Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter.
 Mit Erläuterungen von **August Bebel** und **Paul Singer.**
 Kartonirt Preis 50 Pf.
 Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.

Allen Kollegen und Freunden sage ich innige Theilnahme und reiche Blumen zum bei der Beerdigung meines lieben Mannes, Schraubendrehers **Max Niedergeläff,** dessen Leiche am 22. d. Mts. um 10 Uhr nach dem letzten Willen des Verstorbenen im Friedhof bei den Waisenkindern beigesetzt wurde. In dem westlichen Ufer des Nilmarschiren 1000 Derwische mit 500 Gewehren, um sich Njumi anzuschließen.
 Wittwe **Pauline Niedergeläff** geb. Kessel.

Cigarren-Fabrik
 empfiehlt
Franz Frank,
 No. 2, Köllner-Strasse No. 2.

Himbeersaft und andere Fruchtjäfte
 zu Simonaden
 bid eingelocht a Liter-Fl. excl. ...
Jugberliqueur (Specialität) ...
Berl. Getreide-Rümmel (unüber-trefflich)
Alter Nordhäuser
 empfiehlt die Groß-Deffillation von **Lettau & Keil,**
 Sophienstraße Nr. 12.
 Geschäfts-schluss:
 Abds. 8 Uhr, Sonntags Mitt. 1 Uhr

Zum
internationalen Arbeiter-Kongress
Berliner Arbeiterbibliothek
 Heft 5:
Charakterköpfe aus der französischen Arbeiterbewegung.
 Von Dissip Zetkin. Paris. 48 Seiten. Preis 20 Pf.
 (Guesde. — Lafargue. — Deville. — Louise Michel.)
 Diese Schrift bildet eine wichtige Ergänzung zu Heft 4:
Die französische Arbeiterbewegung seit 1871.
 Pariser Commune.
 Von Dissip Zetkin. Paris. 48 Seiten. Preis 20 Pf.
 Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.

Lokales.

Aus Paris wird uns unter dem 20. d. M. geschrieben: Gestern Abend war das Volk von Paris „bei sich zu Hause“, das heißt im Hotel de Ville — dem Stadthaus — und mit ihm als seine Gäste die sämtlichen jetzt in Paris anwesenden Arbeiterdelegierten, welche für Abends halb 10 Uhr zu einem „Ehrenwein“ — Vin d'honneur — im Namen des Volks von Paris und der französischen Republik vom Pariser Stadtrat eingeladen waren. Zu den eingeladenen Arbeiterdelegierten gehörten auch die Teilnehmer der beiden internationalen Arbeiterkongresse. Wie ich höre, waren über 4000 Karten ausgeben — die Zahl der Anwesenden betrug aber mindestens 6000. — Aus Rücksicht auf die deutschen Arbeiterdelegierten, die den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und der Sympathie bilden, waren Reden und Toaste von dem Festprogramm ausgeschlossen. Niemals werde ich das Schauspiel des gestrigen Abends vergessen.

Es war nicht das erste Mal, daß ich im Hotel de Ville gewesen. Schon 1848 im Februar und im März — nach dem Sturz des Bürgerkönigs — hatte ich das Hotel de Ville besucht, und zwar an mehreren der „großen Tage“ jener großen Woche. Damals ging es stürmischer her als gestern — Lamartine, Louis Blanc, — Andere hatten das Del ihrer Verehrtheit auf die brandenden Wogen zu gießen. Unter anderen war ich als Zuschauer und auch ein bisschen als Mitspieler bei der gewaltigen Märzdemonstration, die damit endete, daß den Arbeitern jener Hungerwoche auf drei Monate ausgesetzt ward, der im Juni eingelöst werden sollte, und dessen Nichterlösung zur Junischlacht führte. — Der Junischlacht folgte nach dreiwanzig Jahren der „honetten Republik“ des Kaiserreichs, des Krieges und der Revolution mitten im Krieg die Kommune, und drei Monate lang ununterbrochenen Kampfs bis zur Schlusstatistik der heiligen Waiwoche, die das Hotel de Ville, das „Hauptquartier“ der alten Kommune vom September 1792 und der neuen vom März 1871, den Flammen überlieferte.

Es war also ein anderes Hotel de Ville, als das vor 1848, in welchem ich gestern Abend bei dem Volk von Paris zu Gast war, und auch mit mir über 80 deutsche Delegierte zum internationalen Arbeiterkongress. Wie schon gesagt, sie waren der Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und gewissermaßen die Löwen des Festes. Trotz der Hindernisse, welche die Sprache bot, wurden die Deutschen mit herzlichsten Freundlichkeiten überhäuft. Das Hotel de Ville war außen und innen prachtvoll erleuchtet und alle Räume prangten im herrlichsten Schmuck. Ein reich besetztes Buffet trug natürlich nicht dazu bei, die Annehmlichkeiten des Festes, das jedem Teilnehmer unverwehlich sein wird, zu vermindern. Ein Chor von Sängern und eine der ersten Musikkapellen von Paris sorgten für künstlerischen Schmuck höchster Ordnung. Die Stadtoberordneten, umgürtet mit der blau-weiß-rothen Schärpe, bewegte sich unter der auf und abwogenden Menge.

Kein Mißklang störte das großartige Fest, und als nach Mitternacht die Besucher unter den Klängen der Musikstücke die gastlichen Hallen des Hotel de Ville verließen, da gedachte von den deutschen Gästen so mancher der Gemuth und verglich den Empfang, der ihnen in dem „wilden“ Frankreich geworden, mit der Behandlung, an welche sie in dem nicht wilden Vaterlande gewöhnt sind.

Ueber die Kassen- und Rechnungsführung derjenigen Berufsgenossenschaften, welche dem Reichsversicherungsamt ausschließlich unterstellt sind, hat das letztere in den „Amtlichen Nachrichten“ vom 1. Juli d. J. ein instruktives Rundschreiben erlassen, in welchem zunächst ausgeführt wird, wie aus solcher Kassenführung zu ersehen ist, und was besonders seitens solcher Männer, welche selbst an der Verwaltung hervorragend betheilig sind, mehrfach der Ansicht Ausdruck gegeben worden ist, daß eine eingehende Prüfung und Ueberwachung der Kassenführung seitens der Aufsichtsbehörde dringend geboten sei. Das Reichsversicherungsamt verhehle sich die Verantwortung nicht, welche ihm durch Uebertragung der Aufsicht in dieser Beziehung auferlegt sei. Mannigfache Mängel und Unregelmäßigkeiten, namentlich bei Prüfung der Rechnungsergebnisse, seien ersehen, daß nicht überall Maßregeln getroffen seien, welche die erforderliche Gewähr gegen Veruntreuung und durch Beamte der Kasse bieten. Für die Kassen der Berufsgenossenschaften, wie der Sektionen, erscheine deshalb eine feste Regelung unentbehrlich. Zwar soll die Selbstverwaltungsbefugnis der Berufsgenossenschaften gewahrt bleiben und deshalb davon Abstand genommen werden, von Seiten des Reichsversicherungsamtes bindende Vorschriften für die Buch- und Kassenführung zu erlassen, obwohl die hier gesammelte Kenntniss von den mannigfachen Einrichtungen auf diesem Gebiete ein reichhaltiges Material dazu liefern würde. Dagegen erachtet das Reichsversicherungsamt es für die Pflicht seiner Aufsichtsführung, die Regelung der Kassen- und Buchführung nicht unbeschränkt dem Ermessen der einzelnen, vielfach wechselnden Vorständen zu überlassen, oder gar dem Dafürhalten der jeweiligen Genossenschaftsbeamten. Es müsse vielmehr die Forderung gestellt werden, daß über nachstehend benannte Punkte durch Vorstandsbeschluss bindende Anordnungen getroffen werden: 1) Die Behandlung der eingehenden Barbeiträge; 2) eine fortlaufende Buchung aller Einnahmen und Ausgaben; 3) die Ueberprüfung derselben in Einzelrechnungen (Titel, Konten) und deren Abschluss zu einem festen Termin; 4) eine Abrechnung über den Reservefonds; 5) eine Kontrolle a) der Genossenschaftsbeiträge, b) der Kauttionen, c) der Strafbeträge, förmliche unter besonderer Kontrollirung der Ausfälle; 6) die Verrechnung der Beiträge für die Ausgaben (an Zinsen n. s. w.); 7) die Ordnung der Kassenbücher; 8) eine Inventur- und Materialien-Rachweisung; 9) die Rechnungsabschlüsse und Revisionen. Die Vorstände der Berufsgenossenschaften werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß Vorschriften über die erwähnten Punkte — soweit sie nicht etwa bereits bestehen — baldigst erlassen werden. Die erlassenen Vorschriften sollen von den einzelnen Genossenschafts-Verwaltungen binnen drei Monaten dem Reichsversicherungsamt eingereicht werden. — Daß es überhaupt nöthig erschien, Bestimmungen, wie die vorstehend erwähnten, zu erlassen und auf gemachte Erfahrungen zu verweisen, um diesen Erlaß zu begründen, scheint einigermaßen verwunderlich. Was hier geboten wird, sind lediglich die einzelnen Momente einer geordneten einfachen Buchführung, zu welcher gewöhnlich jeder Kaufmann verpflichtet ist. Unmöglich können sich doch die Genossenschafts-Verbände eingebildet haben, daß sie in dieser Beziehung für die verantwortliche Kassenführung bequemer Einrichtungen sich erlauben dürften, wie jeder Heringshändler für sein Geschäft zu halten gewöhnlich verpflichtet ist. Es mag ja da recht heiter bei der Kassenführung zugegangen sein, wenn solche Vorschriften nöthig wurden; oder haben dieselben einen anderen Zweck? Will man eine schablonenmäßige Uniformirung der Kassenverwaltungsgeschäfte bezwecken?

Dem Steintrügerfest schreibt die „Volks-Ztg.“: Die Geschichte von dem „Steintrügerfest“, eine jener „Raubergeschichten“, die von Zeit zu Zeit wiederkehren, beweist am besten, wie wenig tatsächliche Kenntniss von Arbeiterverhältnissen gerade in den Kreisen vorhanden ist, welche sich so gern als die berufenen Vertreter der Arbeiter aufspielen. Wenn man z. B. den Wochenverdienst der Steintrüger als einen Beweis für die günstige Lage der Verhältnisse im Baugewerbe bezeichnet, so kann nur die kraffteste Unwissenheit zu einem solchen Urtheile gelangen; denn abgesehen davon, daß der Wochen- oder Tagesverdienst eines Steintrügers heute um mindestens 25 bis 33% Prozent niedriger ist, als er z. B. vor 20 Jahren und bis über die Gründerzeit hinaus war, bilden die Steintrüger eine Gruppe unter den Bauarbeitern, welche in Bezug auf Vergleiche mit diesen gar nicht herangezogen werden können. Der beste Beweis dafür ist wohl der, daß die Steintrüger in Berlin zu einer Zeit, als die Maurer und Zimmerer noch einen Tagelohn von 2,25 M., höchstens 2,50 M. bezogen (1868), 6 bis 9 M. täglich, in einzelnen Fällen sogar bis zu 12 M. täglich im Afford verdient haben, ohne daß deshalb ein übermäßiges Angebot von Arbeitskräften zu dieser lohnenden Beschäftigung vorhanden war. Der erste Streik der Bauarbeiter in Berlin im Jahre 1889 — bis dahin hatte der Mangel des Koalitionsrechtes jede Vereinigung der Arbeiter zur Erzeugung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen unmöglich gemacht — dreht sich darum, einen täglichen Lohn von drei Mark zu erlangen und dieser durch die bittere Noth ausgeprägten Forderung hat man damals von jener Seite, welche mit „Steintrügerfest“ operirt, genau denselben Widerstand entgegengesetzt, wie den Forderungen von heute. Selbst die Erzählung vom Trinken des Sekt aus Weißbiergläsern hat man dem um die nothwendigsten Existenzmittel kämpfenden Bauarbeitern damals nicht erpart. Thatsache ist, daß heute die Differenz zwischen dem Arbeitsverdienst der Steintrüger und dem der übrigen Bauarbeiter gar nicht mehr so groß ist, daß man sich in jenen Kreisen solche Seltensere erlauben könnte. Thatsache ist ferner, daß die Arbeit eines Steintrügers eine solche ist, daß sie dauernd überhaupt nicht von vielen Bauarbeitern ausgeübt werden kann. Gute Rathenomer Steine wiegen rund 7½ Pfund das Stück, von den weniger werthvollen Steinen hat jeder ein durchschnittliches Gewicht von 5 Pf. Nun trägt ein richtiger Steintrüger in seiner Mulde von den ersteren je nach der Stagenhöhe 20 bis 28 Stück, mancher sogar 30 Stück, von den letzteren 35 bis 36 Stück. Im ersteren Falle ist also eine Last von 210 Pfund, im letzteren immer noch eine von 198 Pfund auf steilen Leitern bis zu 5 Treppen Höhe und zwar in regelmäßiger Reihenfolge von Morgens 5 Uhr an in Wind und Wetter, im Sonnenbrand hinaufzuschaffen. Bis die Maurer früh mit der Arbeit beginnen, müssen die Steintrüger schon den nöthigen Vorrath hinaufgeschafft haben, so daß sie gewöhnlich schon in Schwitz gebadet sind, wenn die Erfinder der Seltensere noch stundenlang den Schlaf des Gerechten zu überwinden haben.

Abzüge vom Arbeitslohn als Kaution. Zu der Frage, ob der Unternehmer berechtigt ist, von dem Lohne des Arbeiters gewisse Lohnbeträge als Kaution zurückzubehalten und dieselben im Falle des Kontraktbruchs als verfallen zu erklären, ist in dem unlängst veröffentlichten Bericht des Fabrikinspektors für das Großberzogthum Hessen ein Beitrag enthalten, der sicherlich weite Kreise interessieren dürfte. Ein bestimmter Fall gab Anlaß, die Sache vor den Richter zu bringen. Derselbe lag folgendermaßen:

„Eine Arbeiterin hatte sich vertragsmäßig verpflichtet, ein Jahr lang in der Fabrik zu bleiben; für die Kündigung war ein bestimmter Termin vereinbart worden; bei Vertragsbruch sollten die wöchentlichen Lohnabzüge von 50 Pf. bis zum Gesamtbetrage von 50 M. dem Fabrikbesitzer als Vertragsstrafe verfallen sein. Die Arbeiterin kündigte nicht zu der richtigen Zeit und klagte demnach auf Zahlung der zurückbehaltenen Kaution; das Gewerbegericht erkannte ihrem Antrage gemäß, das Amtsgericht wies sie hingegen ab, während das Landgericht ihre Forderung als berechtigt anerkannte. Das Landgericht geht von folgender Erwägung aus: Die Gewerbeordnung verpflichtet in § 115 die Unternehmer, den Arbeitern den verdienten Lohn baar in Reichswährung auszuzahlen; aus dieser Bestimmung sei die Absicht des Gesetzgebers zu entnehmen, welche dahin gerichtet sei, daß den Arbeitern der Lohn unverzüglich auch dann zufließen solle, wenn sie in den Abzug einwilligten. Die Pflicht zur Baarzahlung sei ganz unabhängig von dem in § 115 Abs. 1 aufgestellten Verbot der Kreditirung der Waaren aufzufassen, und man könnte sich daher zur Rechtfertigung des Behaltens der Lohnabzüge nicht darauf berufen, daß durch diese Bestimmung den Gewerbetreibenden nur die Waarenkreditirung und die Beschaffung von Lebensmitteln zu einem die Anschaffungskosten übersteigenden Preise unterlag sei. Wenn nun der Unternehmer seinen Arbeitern an ihrem verdienten Lohn einen wöchentlichen Abzug mache und diesen Abzug zu seiner Sicherstellung gegen Kontraktbruch, gegen Beschädigung durch schlechte Arbeit und zu ähnlichen Zwecken verwende, so widerspreche dies ganz offenbar der im § 115 Abs. 1 der Gewerbeordnung vorgeschriebenen Pflicht zur Baarzahlung. Das Landgericht berücksichtigt weiter, daß der abgeschlossene schriftliche Vertrag auf die Fabrikordnung verweise, welche bestimme, daß die Kaution dafür gestellt werde, daß alle Vorschriften der Fabrikordnung mit Einschluß der auf die Kündigungsfrist bezüglichen eingehalten würden; nun seien aber nach § 117 alle gegen § 115 verstoßenden Anträge nichtig. Der Antrag der Arbeiterin sei demnach nichtig. Das Landgericht schreibt aber weiter in Absatz 2 die Nichtigkeit aller Verträge vor, durch welche der Arbeitslohn zu einem anderen Zwecke als zur Beihilfeigung an Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter oder ihrer Familie verwendet werde. Inhaltlich der Motive sei aber diese Vorschrift hauptsächlich gegen die in Fabrikordnungen enthaltenen Maßregeln gerichtet. Der Theil des Lohnes, welcher dem Arbeiter wöchentlich abgezogen werde, werde sofort mit dem Abzug der freien Verfügung des Arbeiters entzogen. Während der Fortdauer des Arbeitsvertrages könne der Arbeiter den betreffenden Theil des Lohnes weder erheben noch sonst darüber verfügen, sondern er erhalte erst nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses die Kaution wieder zurück und auch dann nicht bedingungslos, sondern nur in dem Falle, wenn er rechtzeitig gekündigt habe, oder der Unternehmer keine Entschädigungsansprüche wegen schlechter Arbeit und dergleichen geltend mache. Es sei aber ferner zu bedenken, daß die Beiträge, um welche der Lohn regelmäßig gekürzt werde, zur Kautionstellung verwendet und aufgebracht würden und bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses der Arbeiter keine Forderung auf Zahlung des Lohnrestes, sondern auf Herausgabe der Kaution besitze, hieraus gebe aber klar hervor, daß die Abzüge des Lohnes zur Sicherung des Unternehmers für seine etwaigen Ansprüche an den Arbeiter erfolgte und es sei deshalb der ganze Vertrag, auf dem die Zurückbehaltung beruhe, nichtig.“

Wie man begreift, ist dieses Urtheil dem Unternehmertum nichts weniger als günstig. Verständnißmäßig will deshalb die „Magdeb. Ztg.“ dem § 115 der Gewerbeordnung einen Zusatz beifügen, „welcher die Zurückhaltung gewisser kleiner Beträge bis zu einem Maximalbetrage, der niemals den Betrag eines Monatslohnes übersteigen sollte, und in beiderseitigem Einverständnis gestattet.“ Der Passus in „beiderseitigem Einverständnis“ ist gut gemeint, sicherlich; man müßte nur nicht wissen, wie solche beiderseitigen Einverständnisse erzielt werden. Ein knurrender Magen geht jedes „Einverständnis“ ein.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich am Sonnabend Abend auf der Spree bei Köpenick bei der dortigen, ihrer Bauart wegen von den Schiffen gefürchteten Dammbrücke zugegetragen. Die Gerüchte, die in Berlin über das Unglück verbreitet waren, sprachen von einer großen Zahl von Opfern, die dasselbe gefordert habe, glücklicherweise erwiesen sie sich als übertrieben. Trotzdem bleibt das Unglück noch immer entsetzlich, denn zwei Frauen, Familienmütter, haben durch das Unglück in furchtbarer Weise den Tod gefunden. Ueber dasselbe selbst liegen folgende Meldungen vor:

Am Sonnabend hatte das Personal der Eisengießerei von Wolff u. Komp., Chausseest. 29, den alljährlich üblichen Ausflug, diesmal nach dem Müggelsee, unternommen. Der Dampfer „Kaiserin Augusta Viktoria“ von der Gesellschaft „Stern“, geleitet von dem Kapitän Seeger, Köpnickstr. 8 wohnhaft, und dem Steuermann Magnus Witt, Ranteweststr. 15, beförderte die fröhliche Gesellschaft nach Friedrichshagen. Abends nach 10 Uhr trat die an 190 Personen zählende Gesellschaft die Rückfahrt an; die Mehrzahl der Teilnehmer nahm auf dem Verdeck Platz; während man frohe Lieder erklingen ließ, bewegte sich der Dampfer auf dem Wasser entlang. So kam man in die Nähe der Dammbrücke. Bei Köpenick existiren bekanntlich zwei Brücken, die Lange Brücke, welche dem Fiskus gehört, und die Dammbrücke, städtisches Eigenthum. Letztere ist so konstruirt, daß an der einen Seite Stützballen hervor-springen, die in gleicher Höhe mit dem Geländer der Dampfer sich befinden. Wenn die beiden Brückenklappen aufgezogen sind, muß daher darauf gesehen werden, daß der Dampfer mitten hindurch gesteuert wird. Die Steuerbarkeit wird durch die starke Strömung sehr beeinträchtigt. Verläßt der Dampfer, auf welchen die Strömung eindringt, nur in etwas die gerade Richtung, so wird das Schiff seitwärts verschoben und stößt mit dem Geländer an einen der Ballen. Auf diese Weise ist auch die Katastrophe am Sonnabend herbeigeführt worden.

Als der Dampfer an die Dammbrücke kam, forderte der Kapitän die Passagiere auf, sich zu setzen, damit die Aussicht nach den Brückenlaternen frei bleibe. Diese Aufforderung war um so nothwendiger, als der Dampfer „Kaiserin Augusta Viktoria“ eine größere Breite besitzt, als die Mehrzahl der anderen Dampfer und die Passage zwischen den Pfeilern der Brücke eine ziemlich schmale ist. Leider scheint man dem Anruf des Kapitäns nicht genügend Folge geleistet zu haben, denn plötzlich, als das Schiff schon die Hälfte der Pfeilerbollwerke hinter sich hatte, gerieth es mit der Steuerbordseite an die oben erwähnten hervorstehenden Stützballen, wodurch die Hälfte des Schiffsgeländers fortgerissen wurde. Der starke Krach und der entsetzte Ausruf der an dieser Seite Sitzenden verkündete das Unglück, von dem man bei dem tiefen unter der Brücke herrschenden Dunkel nichts sehen konnte. Der Schreckensruf „Personen über Bord“ erscholl; zwei Frauen waren in die Fluthen geschleudert worden. Auf dem Dampfer erhob sich nun ein furchtbarer Tumult, man rief nach den Angehörigen, drängte sich hin und her, eine Anzahl Frauen wurde ohnmächtig, und nur mit Mühe gelang es einigen besonnenen Männern, durch laute Ermahnungsrufe das Getümmel aufzuhalten und die Passagiere des nun stark schwankenden Schiffes vor weiterem Unheil zu bewahren. Kapitän Seeger ließ stoppen, man setzte einen Kahn aus, der Brückenwärter Schmidt löste einen zweiten vom Ufer los und trieb ihn, so schnell er konnte, nach der Unglücksstelle. Beim Schein der Laternen bemerkte man auf den Wellen einen dunklen Körper, es war die Leiche der Gattin des in Berlin, Chausseest. 51, wohnhaften Formereimeisters Rabitzke. Die fast gänzlich herabgerissenen Kleider, eine tiefe, todbringende Wunde am Kopfe und ein zermalmer Schenkel lassen darauf schließen, daß die Unglückliche nicht in den Fluthen ertrunken, sondern von der Schraube zermalmt worden ist. Aber noch eine zweite Frau wurde vermisst, die Gattin des in Berlin, Friedenstr. 101, wohnhaften Formers Klemme. Vergeblich leuchtete man jedoch über das Wasser hin und fuhr mit den Rähren kreuz und quer, die Vermisste wurde nicht gefunden. Die Leiche der Frau Rabitzke wurde ans Land gebracht, man hatte unterhalb den Bürgermeisters von Köpenick von dem Unglück benachrichtigt, auch ein Arzt war bald zur Stelle. Auf Anordnung des Bürgermeisters wurde die Leiche in die Kapelle des Kirchhofs gebracht und die Nachforschungen nach der Vermissten fortgesetzt, aber vergeblich. Der Dampfer legte in Köpenick an, woselbst sofort seitens der Polizeibehörde der Unfall protokollarisch festgestellt wurde. Mit einem geringen Bruchtheil der Ausflügler — die meisten hatten in Köpenick Heimfabri mit der Eisenbahn vorgesogen — kehrte der Dampfer gegen 1 Uhr nach Berlin zurück. Nachdem der Dampfer das Depot in der Köpnickstraße erreicht, wurde er nochmals einer gründlichen Untersuchung unterzogen und hierbei an der Schiffsschraube Reste von weiblichen Kleidungsstücken, Handschuhen und anderen Sachen gefunden.

Der Leichnam der Frau Klemme wurde von Fischern beim Etablissement Strahburg an der Oberspree aufgefunden, und zwischen dem Etablissement Seban und der Wolffschen Rattunfabrik ans Land gebracht. Der Leichnam ist in furchtbarster Weise verstümmelt. Der Körper zeigt auf der rechten Seite von der Schulter dicht am Arm bis zur Achselhöhle einen tiefen, weit klaffenden Schnitt, desgleichen vom rechten Hüftknöchel über den Leib. Am rechten Knie war außerdem eine große Wunde bloßgelegt. Die Leiche trägt an dem Traufinger der rechten Hand einen starken, goldenen Trauring mit den Anfangsbuchstaben H. K. und der Jahreszahl 1863, sowie in den Ohren Granatringe. Der Körper war völlig nackt; die Kleider waren der Verunglückten wahrscheinlich durch die Dampferschraube vom Leibe gerissen worden. Hunderte von Berliner Ausflüglern, welche das Café Seban am Sonntag besuchten, nahmen den entsetzlichen Fund, trotz aller Schauerlichkeit, in Augenschein. Der Gemeindevorsteher von Nieder-Schönmeide, Herr Bunge, machte der Ortspolizeibehörde vom Vorfall sofort Mittheilung.

Aus Köpenick wird zu dem Unglück geschrieben: „Wenn die Verhältnisse der hiesigen Brücken und der nächsten Dampferfahrten bekannt sind, muß sich nur wundern, daß dergleichen nicht viel öfter vorkommt. Die Brückenaufzüge können ihrer ganzen Einrichtung nach kaum breiter gemacht werden und sind im Verhältniß zu den breiten Dampfern sehr schmal. Gewöhnlich ist dann noch auf den Extradampfern Musik, und es muß natürlich „mit Musik“ durch die Brücke gefahren werden (ob in diesem Falle, weiß ich nicht), dadurch werden die nöthi-

gen Signale überdient. Trotz eifriger Ermahnungen des Kapitäns lassen die Passagiere sich häufig nicht abhalten, aufzustehen, und verdeden so noch das bishierige Aussehen, was von dem mangelnden Tageslicht etwa gelassen ist. Es darf wohl mit Sicherheit erwartet werden, daß dieser Unglücksfall für alle am Neubau der Köpfnider Dammbrücke Interessirten eine ernste Mahnung sein wird, denn durch einer festen Brücke ohne Aufzug mit weiter Vogenöffnung zu bewirken.

Von dem Zimmermeister Herrn C. Osten erhalten wir folgende Schriftstücke:

In der Beilage des „Berliner Volksblatt“ Nr. 166 vom 19. Juli 1889 veröffentlichte Sie den Inhalt einer Postkarte, welche meine Namens-Unterschrift: C. Osten, Zimmermeister, Louise-Ufer 44, trägt.

Auf Grund des Preßgesetzes erlaube ich Sie ganz ergebenst, da ich weder der Schreiber noch der Abiender der bez. Postkarte bin, die hier beigefügte Erklärung von mir in das „Berl. Volksbl.“ baldmöglichst veröffentlichen zu wollen.

Ich erkläre hiermit, daß die in der Beilage des „Berliner Volksblatt“ Nr. 166 vom 19. Juli 1889 veröffentlichte Postkarte, die meine Namens-Unterschrift trägt, von mir nicht herrührt, dieselbe auch nicht mit meinem Wissen und Willen abgelassen ist. Berlin, den 20. Juli 1889. C. Osten, Zimmermeister, Mitglied der Innung, Berlin S. Louise-Ufer 44.

Der Buchhalter des Herrn Osten bekennet sich jetzt als den Schuldigen. Was derartige Bekenntnisse zu sagen haben, weiß jeder Leser.

Wie leicht Jemand unter den schimpflichsten Verdacht gerathen kann, lehrt wieder einmal recht deutlich folgende Vorfall: Ein im Norden Berlins ansässiger Engros-

händler in Kolonialwaaren fahrrte am Freitag bei seinem Kunden Gelder ein. Als er des Abends daheim Kaffe machte, fehlte ihm ein Hundertmarkschein, von welchem er sich die Nummer notirt hatte. Er wußte genau, wo und unter welchen Umständen er den Schein erhalten hatte, und sein Verdacht fiel auf einen jungen Mann, der in dem betreffenden Laden Einkäufe gemacht hatte, als die Zahlung geleistet wurde. Bei einer Nachfrage in dem Kaufmannladen wurde ihm auch Namen und Adresse des dortselbst bekannten jungen Mannes angegeben. Derselbe wohnt in Reinickendorf. Der geschädigte Engros- händler begab sich sofort nach diesem Vororte hinaus und requirirte einen Gendarmen. Dieser suchte den Verdächtigten auf, nahm eine Vernehmung mit demselben vor und gelangte dabei sehr bald zu der inneren Ueberzeugung, daß dies der Dieb nicht sein könne. Weitere Fragen an den Verleierter und an den Verdächtigten eröffnen indessen eine neue Perspektive. Die Möglichkeit schien durchaus nicht ausgeschlossen, daß ein in der Nähe des Geschäftes, in welchem der Schein abhandelt gekommen, wohnender Berliner Bürger den Schein von sich gebracht habe. Zwar erklärte der Verleierter, daß jener Mann ihm persönlich bekannt und wegen seines Vermögens und Ansehens über jeden Verdacht erhaben sei, der Gendarm aber zog einen Berliner Kriminalschuttmann zur Hilfe, stattete dem „angeesehenen“ Manne einen Besuch ab und hatte bald darauf das Beständnis erzielt, daß der noble Herr durch „irgend ein Versehen, das er sich nicht erklären könne“, in Besitz des Scheines gelangt sei. Am anderen Tage hat der Herr den Hundertmarkschein an den rechtmäßigen Besitzer zurückgestellt. Der zuerst verdächtige junge Mann athmet hoch auf und bei dem wirklichen Uebelthäter weiß man noch nicht, ob er den Schein gefunden oder gestohlen hat.

Die Folgen des Bäckerhandels machen sich in der Schönhauser und Rosenthaler Vorstadt in besonders sichtbarer Weise bemerkbar. In sehr vielen Bäckereien sieht man jetzt nämlich große rothe Plakate aushängen, unterzeichnet: Die verpflichteten Bäckermeister der Schönhauser und Rosenthaler Vorstadt, mittelst deren die werthe Kundschaft benachrichtigt wird, daß es hinfür keine Zugabe mehr giebt und daß Rabatt nur noch in Höhe von 30 Pf. pro 3 M. gewährt wird. Diese Neuordnung der Dinge ist am verfloffenen Sonntag zum ersten Male in Kraft getreten, jedoch, wie dies bei Neuerungen meistens der Fall zu sein pflegt, mit gemischten Gefühlen aufgenommen werden. Doch — gut Ding will Weile haben und so wird sich wohl auch hier die werthe Kundschaft in nicht zu ferne Zeit an die Neugestaltung der Dinge gewöhnt haben und dann — nichts mehr vermischen.

Jüngerliches Aeußerlich macht die Innungsbewegung freilich den Eindruck, als wenn sie lebhafter nicht sein könnte. „Der zählt die Städte, nennt die Namen“, in welchen während der letzten sommerlichen Wochen nicht irgend ein Innungsverband oder Handwerkerbezirksverein einen „Kongress“ abhielt. Sieht man aber näher zu, so zeigt sich, daß sich gerade dieses Jahr in überraschender Weise die Klagen über das Fiasco der Innungsbewegung mehren. Wir haben und die nicht gerade sehr angenehme Mühe gemacht, die Verhandlungen aller dieser Tagungsversammlungen aufmerksam zu verfolgen. Man muß sich dabei durch unendlich viel Unsinn durchhauen. Aber gewinnlos ist die Lectüre nicht. Folgende Stichproben aus den Herzoggeheimnissen der deutschen Jünglingsbrüder, welche ausgeplaudert wurden, mögen als Beweis dafür dienen.

Auf dem kürzlich zu Frankfurt a. Main abgehaltenen 14. deutschen Innungssamiedatage ertönte zunächst die Klage, daß die Innungsausschüsse nicht prosperirten. Auf diese Ausschüsse hatte unsere governementale Sozialreform aber gerade große Hoffnungen gesetzt. Angeblich fehlen diesen Ausschüssen nur die Korporationsrechte, nach deren Verleihung sie gewaltig emporblühen würden, wenigstens nach der Ansicht unserer Jüngler. Bekanntlich ist das „Mehr Rechte!“ aber immer die Devise der Herren gewesen, ohne daß die Innungsbewegung dadurch bis jetzt an innerer Kraft gewonnen hätte. Weil von den Schmieden die Rede ist, soll auch gleich angefügt werden, welchen wüthenden Ausfall die jüngerliche „Deutsche Schmiedzeitung“ kürzlich gegen das Genossenschaftswesen, das doch allein dem kleineren Handwerker noch Manches helfen kann, mit den Worten machte: „Der Dab gegen die Konsumvereine soll die Innungen zusammenhalten.“ Das klingt beinahe anarchistisch. Muß die Bewegung mit solchen Mitteln im Gang erhalten werden? Dann wäre sie ihrem Ende nicht mehr ferne. Auf dem Berliner Verbandstage deutscher Schlosserinnungen klagte der Delegirte Deppes-Waageburg, welcher zugleich Mitglied des deutschen Volkswirtschaftsrathes ist, über die „geringe Betheiligung an Innungswesen“. Obermeister Kemmer konstatarie, daß gerade die Verbandsinnungen das geringste Interesse bei einer Erhebung bezüglich des wichtigen Arbeitsnachweises gezeigt hätten. Ferner hätten von allen deutschen Schlosserinnungen jetzt nur ganze zwanzig die Vorrechte der berühmten §§ 100 e und f (Lehrlingsprivilegien n. s. w.) erworben. Und was erwarteten die Herren Jüngler nicht alles von diesen neuen Innungsprivilegien? Jetzt werden die letzteren von ihren eigenen Genossen lächerlich geringfügig gehalten. Auf dem am 25. Juni zu Ratibor in Schlesien abgehaltenen zweiten ober-schlesischen Innungsverbandstage mußte ebenfalls festgestellt werden, daß der Zuwachs, welchen der Verband im letzten Jahre erhalten hatte, lächerlich geringfügig gewesen sei. In der Gewerbetammer der Provinz würden, hieß es weiter, die Vertreter des Handwerks (soll heißen des Kunstzwangs) stets niedergestimmt“. Den Schlüssel dazu erhält man, wenn man weiter liest, daß ein Antrag auf Beschränkung der Massenlehrlingsausbildung, der von einem weisen Mann unter so viel schwarzen gestellt war, vielfach auf Widerspruch stieß“. Wenn sich die Jüngler wohl hüten, gegen diesen Krebsknoten im Handwerk aus egoistischem Unternehmerrinteresse Front zu machen, dann brauchen sie sich nicht darüber zu wundern, daß ihre Stimmen nirgends Beachtung finden. In ganz elegischem Tone kam deshalb auf dem Berliner Schlossertage Meister

Weinert (Dresden) auf die bei der Berathung der Altersversorgung vom Reichstanzler gethane Aeußerung zu sprechen, daß „nach dem Bedürfnisse bloß des kleinen Handwerks“ man sich nicht richten könne; dies Wort habe „allgemein tief schmerzlich berührt“ (doch wohl nur die unverbesserten Innungsmeister), und man dürfe nicht „mit allzugroßen Hoffnungen in die Zukunft blicken“. Ebenso resignirt war der zünftlerische Reichstagsabgeordnete Wegner, der in Ratibor erklärte, er habe angefaßt die Ablehnung des Befähigungsnachweises durch die Regierung „den Muth verloren“. Das war der richtige Ausdruck für einen richtigen Eindruck. Zum Ueberflus kommt jetzt der neueste Jahresbericht der Gewerbetammer für Schleswig-Holstein und spricht von einer „recht flauen und lauen Theilnahme an den Bestrebungen der Innungen“ in jener Gegend, von „Zurückhaltung und Passivität“ der Handwerker; eine Anzahl derselben habe sich — „horribile dictu!“ — sogar den verpönten Arbeiterfachvereinen angeschlossen.

So sieht die Innungssache in Deutschland nach den neuesten Aeußerungen der Jüngler selber, die sich außerdem noch innerhalb ihrer weltbeglückenden Organisationen in den Haaren liegen. Denn auf dem Bochumer Bäder-Innungstage wurde der für den Befähigungsnachweis so kräftig arbeitende „deutsche Handwerkerbund“ als ein Hinderniß für die gedeihliche Entwicklung des Innungswesens bezeichnet, und der neueste Bericht der Leipziger Gewerbetammer macht gegen denselben Bund, außerdem aber auch gegen den deutschen Innungstag Front. Da hatte also der Delegirtenstag des deutschen Tischlergewerksvereins dieser Tage in Berlin ganz Recht, die Innungen als Hemmschuh des Fortschritts im Handwerk zu bezeichnen.

Eine Menschenjagd auf Leben und Tod fand am Donnerstag Nachmittag zwischen Saatoewinkel und Spandau statt. Zwei berittene Gendarmen begegneten sich in der Nähe von Saatoewinkel auf einem Raitouillenritte. Sie ritten neben einander den Spandauer Schifffahrtskanal entlang, als plötzlich ein in gleicher Höhe mit ihnen fahrender Schiffer rief: „Der Mann dort hat einen Anzug an, den er mir gestohlen hat!“ Dabei wies er auf einen Menschen, der auf dem anderen Ufer des Kanals entlang lief, und bei diesem Anruf und beim Gebilden der Gendarmen schleunigt die Flucht ergriff. Hätte der Kanal flache Ufer, so wäre es für die Reiter ein Leichtes gewesen, mit ihren Pferden das Wasser zu durchschwimmen und die Verfolgung aufzunehmen. Da dies aber nicht angänglich war, mußte ein anderer Plan entworfen und ausgeführt werden. Der eine Gendarm sprang vom Pferde, band dasselbe an einen Baum und ließ sich mit einem Rahne überlegen. Währenddessen jagte der andere Gendarm in Karriere auf dem diesseitigen Ufer entlang, bis er einen ganz erheblichen Vorsprung vor dem Flüchtigen hatte. Alsdann sah auch er ab, ließ sich ebenfalls überlegen und kam nun dem Flüchtigen entgegen. Unterdessen waren auch Schiffer an's Land gekommen. Sie waren dem Verfolgten näher als die Gendarmen und hätten ihn wohl festgehalten, aber der Mensch hatte einen schweren Eisenknüttel und mehrere blanke Messer in den Händen und drohte, jeden niederzujäten, der ihm zu nahe kommen würde, so daß es keiner der Schiffer wagte, zuzugreifen. Jetzt kamen aber die Gendarmen näher und als nun der Verfolgte hinter sich und vor sich je einen Gendarmen, auf der Kanalseite das Wasser und die Schiffer und somit seinen Weg abgeschnitten sah, da sprang er in das auf der vierten Seite liegende Moorloch hinein, das sich zwischen dem Tegeler See, dem Spandauer Schifffahrtskanal und der Havel nach Spandau zu entlang zieht und eigentlich vollständig unpassierbar ist, denn wer sich in dasselbe hinein begiebt, läuft in jedem Augenblicke Gefahr, spurlos zu versinken. Suchte der Flüchtige diesen verpönten Ausweg in der Hoffnung, daß ihm die Gendarmen nicht folgen würden, so hatte er sich geirrt. Zwar sanken die Verfolger oft bis an die Brust in den Sumpf hinein, aber dem Verfolgten ging es nicht besser, zumal bei der Schnelligkeit, mit welcher sich die Jagd vollzog, sich die festen Stellen von den morastigen nicht leicht unterscheiden ließen. Oft war zwischen Schiff und Morast nur noch die Helmspitze der Gendarmen zu sehen, oft war diesen der Verfolgte ganz außer den Augen gekommen, dann aber durfte es nur eines momentanen Stillstehens und die hörbaren Anstrengungen des Verfolgten, sich aus dem Sumpfe wieder herauszuarbeiten, führten wieder auf die richtige Fährte. Endlich war der Flüchtling gestellt und ergriffen, denn vor den blanken Säbeln der Verfolger mußte er seine Waffen strecken, außerdem war er sehr erschöpft. Gefesselt wurde der Gefangene nun unter Beobachtung aller Vorichtsmaßregeln an den Kanal zurückgeführt, wo der erst erwähnte Schiffer angab, daß ihm im Monat Juni aus der Kajüte seines Fahrzeuges, während er schlief, zwei Arbeits- und ein Sonntag-Anzug, Stiefel, Uhr mit Kette, Portemonnaie mit Geld, kurz Alles, was nicht nützlich und nagelhart war, gestohlen wurde, so daß er am andern Morgen nichts auf dem Leibe hatte als das Hemd. Der eben Ergriffene habe nun den einen seiner Arbeits-Anzüge wie auch seine Stiefeln an und sei jedensfalls der Thäter. Bei einer Visitation fand sich auch noch die Uhr des Bestohlenen, Schiffseigners Schloffer aus Sachsenhausen bei Dranienburg, in der Tasche des Gefangenen. Auf dem trug er in einem Sack verschiedene Gegenstände bei sich, über deren rechtmäßigen Erwerb er sich nicht auszuweisen vermochte. Ferner stellte sich heraus, daß er Legitimationspapiere bei sich trug, die auf einen anderen Namen lauteten, als auf den Namen Merk, den er als den seinigen angab. Auf dem Amtsbureau in Tegel, wohin er zunächst transportirt wurde, gab er auch zu, schon vielfach verurtheilt zu sein. Am Sonnabend wurde er in das Untersuchungsgefängniß am Landgericht II eingeliefert.

Der Räuber im Eisenbahnwagen! Als heute Morgen der um 8 Uhr 38 Minuten hier eintreffende Personenzug der Nordbahn in die Station Waldmannslust einlief, slog durch das geöffnete Fenster eines Koupees dritter Klasse in dasselbe hinein ein Sperling und eine Sekunde darauf stieß ein Bußard auf den Boden des Koupees so heftig nieder, daß er betäubt liegen blieb. — Der Sperling war anscheinend von dem Bußard verfolgt worden und hatte sich in der Angst in das Koupee gerettet, während der Raubvogel in blinder Wuth seinem Opfer gefolgt war. — Natürlich wurde der Spatz sofort wieder in Freiheit gesetzt, während der Räuber im Eisenbahnwagen von den Passagieren ergriffen und nach Berlin mitgebracht wurde.

Die Rakensfamilie, welche nach der öffentlichen Klage eines Studenten in dem amphitheatralisch gebauten Hörsaal Nr. 6 sich häuslich niedergelassen hatte, ist jetzt glücklich aus der idyllischen Zurückgezogenheit unter dem Podium vertrieben worden und die Rakens können nun nicht mehr Kollegen „schinden“. Die Kleinen betrogen sich im Allgemeinen ganz manierlich und lauschten mit ruhiger Andacht, was juristische und volkswirtschaftliche Professoren dozirten. Da sie aber keine dieser Vorlesungen auf der Quastur belegt hatten, so mußten die unbefugten Eindringlinge natürlich entfernt werden. Zu diesem Behufe hielt man die Mutter zurück und so krochen die hungrigen Kleinen ganz von selbst aus dem Podium hervor und wurden mit Leichtigkeit gefangen. Die Unvorsicht belüßte übrigens mehrere derartige Hausstiere und hat diesem Umstande zu danken, daß in dem ganzen großen Gebäude weder Ratten noch Mäuse existiren. Infolge dessen hütet man sich auch sehr, jene fleißig ihres „Amtes“ waltenden Rakens aus dem Heim der Wissenschaft zu vertreiben und nimmt gern solche Episoden mit in den Kauf, wie die Familienzene im Auditorium 6.

Vor einigen Tagen wurde bei einer Felddienstübung ein Soldat erschossen. Es wird hierüber der „Kreuz-Bl.“ geschrieben, daß der verunglückte Gardehülse auf eine noch völlig unauferklärte Weise durch einen Schuß in die Brust — nicht, wie ein hiesiges Blatt gemeldet hatte, in den Unter-

leiq — getödtet worden ist. Die Abtheilungen lagen sich ungefähr 150—170 Meter gegenüber. Die Mannschaften waren kurz vor dem Abmarsch mit Plagpatronen, welche unmittelbar aus den Packfäßen herausgenommen wurden, um verpackt zu werden, ausgerüstet. Keine der den Abend im Gebrauche gegebenen Plagpatronen ist auch nur einen Augenblick vorher in Händen irgend eines Mannes gewesen. Die Verwendung eines scharfen Patronen ist absolut ausgeschlossen. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Durch einen Wuth-Krampfanfall eines Patienten hat sich ein hiesiger Zahnfülller eine nicht unbedeutende Verletzung zugezogen. Bei dem Dentisten K. erschien ein Zahnwerker, welcher über heftiges Zahmweh klagte. Der Zahnfülller stellte sofort Versuche an, den Zahn herauszuziehen, und bei dem Versuche er den Zeigefinger ziemlich tief in die Wundfläche seines Patienten steckte. Wöthlich hiß der Letztere, wohl von Wuth ergriffen, seinem Helfer in den oben genannten Finger die rechte Hand, und zwar derartig, daß es dem Operateur nicht möglich gelang, das Glied aus dem Munde des sich wie wahnwüthig Gebärdenden herauszuziehen. Die sofort herbeigerufenen Nebenzimmer arbeitenden Assistenten mußten die Krampffälle auf einander geprehten Zähne auseinander brechen, ehe es gelang, den Finger wieder herauszunehmen. Erst dann kam es zu der Zahn-Operation des Patienten, welche über die schonbare Krampfercheinung keine Rechenschaft zu geben wußte, umfomehr, als der Dentist außerordentlich vorsichtig und geschicklich operirt hatte, — gekräftigt werden. Der Finger war durch die Backzähne des Patienten total durchhissen worden.

Bei der Berliner Feuerwehr war nach dem Verwaltungsbericht des Magistrats der Gesundheitszustand der Feuerwehrmannschaften während des Jahres 1888 im Allgemeinen weniger günstig als im vorhergehenden Jahre. Bedeutende epidemische Erkrankungen haben jedoch nicht stattgefunden. Todesfälle sind 6 verzeichnet. Bezüglich der Unfälle, welche im Jahre 1888 bei Fahrten zum bez. vom Feuer, bei Wirthschafts- und Uebungsfahrten vorgekommen, ist festgestellt, daß ein Mann im allgemeinen auf 461,65 km, einer auf Stein- resp. auf Asphalt auf 1660,39 km und einer auf Asphalt auf 94,37 km entfällt. Im Ganzen haben im Jahre 1888 3060 Brände in Berlin stattgefunden, darunter 35 große und 103 mittelgroße. Die Zeit, welche die Uebermittlung der Feuermeldungen und die Meldestationen erfordert, betrug im Durchschnitt für jede Feuer 3,89 Minuten des 10jährigen Durchschnitts für 1878 bis 1887, während die Durchschnittszeit bis zum Eintreffen der ersten Abtheilung der Feuerwehr auf der Brandstelle einschließlich der Alarmirung selbst für jedes Feuer 5,71 Minuten betrug. Die mehrerwähnte Ausbildung einer größeren Anzahl von Feuerwehrmannschaften zum Samariterdienst hat sich als sehr erfrischend erwiesen, es ermöglichte es, daß i. J. 1888 folgende Personen: 1) während des Feuerwehrochtdienstes: 3) auf Brandstelle bei 4 Offizieren, 20 Mannschaften der Feuerwehr, 23 Personen; 2) während des Feuerwehrochtdienstes: 3) auf Brandstelle bei 4 Offizieren, 20 Mannschaften der Feuerwehr, 23 Personen; 3) auf den Straßen: bei 12 zu Schabern gekommenen Zivilpersonen. Die Hilfe der Feuerwehr wurde im Jahre 1888 in 65 Fällen in Anspruch genommen, ohne daß eine Feuersgefahr vorlag. Es geschah dies unter anderem in 8 Fällen, um bedrohte Menschenleben zu retten, in 2 Fällen um auf der Straße erkrankten Menschen die nöthige Hilfe zu leisten, in 26 Fällen, um Pferde in Düng-, Kanalisationsgruben, Straßengraben, Keller und Lichtschächeln herauszuholen u. s. w. Feuermelder waren am Schlusse des Jahres 1888 im Betriebe auf 281 Stationen mit 100 Apparaten, davon 70 öffentliche. Dieselben haben sich sehr bewährt und werden allmählich nach Maßgabe des Bedürfnisses vermehrt.

Den Veranlassern von Arbeiterversammlungen werden noch immer seitens der in Frage kommenden Behörden insofern große Schwierigkeiten bereitet, indem die Lokale entweder gänzlich verweigert werden oder aber für dieselben so unvorteilhaft hohe Miethen verlangt werden (so verlor z. B. letzthin Herr Denfel, Brunnenstraße, früher Randel, sein Sälchen nur 100 M. pr. Abend), daß aus diesem Grunde die Arbeiter zurückzusehen müssen. Unter diesen Umständen dürfte es namentlich für Veranlasser von Arbeiterversammlungen von Interesse sein, zu erfahren, Herr Schmidt, Or. Frankfurterstr. 72/73, welcher i. J. auch die Liste der „Lokalverweigerer“ gezeichnet worden war, sich erklärt hat, sein Lokal für Arbeiterversammlungen bereitwillig zur Verfügung zu stellen und bezieht die gegenbezügliche Behauptung, nach dem Verleihen des Herrn Schmidt lediglich einem behauerlichen Irrthum.

Polizeibericht. Am 19. d. Mts. fiel auf dem Schlesischen Güterbahnhofe dem Kollnicher Elener eine Schrotkugel in den Kopf und fügte ihm eine anscheinend schwere Verletzung zu. — Am 20. d. Mts. Vormittags wurde ein Mann in seiner Wohnung in der Vappel-Allee 19, auf einem Stuhle hängend, todt aufgefunden. Nach dem Ausspruche des herbeigerufenen Arztes ist der Tod infolge von Lungenblutung eingetreten. Nachmittags fiel einem 13jährigen Knaben vor dem Moritzstr. 14/15 eine etwa 50 Kilogramm schwere eiserne Welle auf einen dort stehenden Wagen geladen wurde, welche auf den linken Fuß, so daß der Knabe einen schweren Schaden erlitt. — Abends wurde unterhalb der unteren Freiarche die bereits stark in Verwesung übergegangene Leiche eines etwa 23 Jahre alten, anscheinend dem Arbeiterstande angehörigen Mannes aus dem Kanal gezogen und nach dem Schauhause gebracht. — Zu derselben Zeit wurde an der Kreuz- und Blumenstraße ein 13jähriger Knabe von einem Droschke überfahren und erlitt hierbei einen Bruch des rechten Schlüsselbeins, sowie anscheinend auch eine Gehirnerschütterung. Der Knabe wurde zunächst nach der Sanitätswoche und dort nach der elterlichen Wohnung gebracht. Am 21. d. Morgens wurde im Landwehr-Kanal an der Schönebergerbrücke die Leiche eines etwa 35 Jahre alten unbekanntem Mannes aufgefunden und nach dem Schauhause geschafft. — Vormittags sprang ein Arbeiter in der Nähe des Hamburger Güterhofes in selbstmörderischer Absicht in den Spandauer Schiffahrtskanal, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach dem Augusta-Hospital gebracht. — Mittags verlor eine Frau in ihrer Wohnung in der Wallstraße durch Phosphor, welchen sie von Zündhölzern entnommen hatte, zu vergiften. Sie wurde nach der Charité gebracht. Abends wurde ein Steindrucker in der elterlichen Wohnung der Köpfniderstraße erhängt vorgefunden. Derselbe scheint Selbstmord in einem Anfall von Geistesgestörtheit begangen zu haben. Am 21. d. Mts. Mittags fand in der Tischlerstr. 6, ein kleiner Brand statt. Durch Feuerwehrt mittels des Rettungsapparates heruntergeholt wurde nach dem städtischen Krankenhause gebracht werden mußte. Außerdem fanden Nachmittags in der Blücherstraße 14 Wallstraße 18 kleinere Brände statt.

Gerichts-Beitung.

Ein Streit zwischen den Vorstandsmitgliedern des Klubs „Hohenzollern“ hat eine Privatklage wegen Verletzung gesetzlich, die der Baron von der Knesebeck gegen die Klubschaftigte. Am Abend des 23. März d. J. ging in dem genannten Klub sehr stürmisch her. Der Kläger für einen von ihm zu stellenden Antrag Stimmen. Es kam danach in den Räumen des Hohenzollernklubs

weiterlei Vollzügen Jwed sich auf die Klubschaftigte. Zu wehler den hielt, weil d. standes font bestimmten Jämmtliche Järte, daß d. Thatsache de gewonnen w. Knesebed mit Vorwür kerte, daß d. bekant ge laung, dem sei, für best webe. Spi weit würd des Klages selbe sei in Keuserung aber nicht fre. Durch worden, d. und gar der mar et gehen, so. Die zweite nicht angefe Kläger die zwerten Jus willern-Ab gelangte w. sich im Wel anstalt.

Mit n von Petrol Zanzorelle Den Hüpfel die Dienstr wegen Fahr kammer des hatte sie bei beibeigegeho Um die d. Verchtalt müdete das zu stand Wogd Jhri Gehörweite schrieben f. brant. D der Angekl. mülderte M. von 10 M.

Die S Schuchen budes Co das gegen eingeleitet. Im Jahre 1888 unter sein 24. Januar trache zu d. der augenl. Rabben d. Familien. u. der Herrn Tischler M. Trepsch h. in jeder S.

Eine Berlin's andersori. Wie verb. Wie Meie wänchen, sehr schwach Nachmittags arbeiten h. erklärte h. g. da i. Arbeitszeit Verständig Arbeitszeit sei war. koch auf Befehl d. einem die. er die Lebl. er die Hal. reichend u. fanden sie. Marie sich die Reiste Innungs- wurde von weurtheilt. Arbeitszeit hambahl herbeiführ schon gero men h. Hädergefe Hausdien weie mi leiner Rei Verlauf geöhlich n Innungsw vertretung tritt zur d. daß er sei. einen al. sellen aus in berecht nahm in. Belonder rief den dann wü. feiligen. eingehend. hiltorische plürzte, des. So. der Herr

